

Volkstribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzeln Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expedirende:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 36.

Sonnabend, den 7. September 1889.

III. Jahrgang.

Die Krisis in der englischen Gewerkschaftsbewegung. I.

Ein Ultramontaner über den Pariser Kongress. — Preußen und die Volksschule. III.

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes. III. — Der britische Gewerkschaftskongress. I. — Irreführende Streitstatistiken. — Dr. Jörg über den Pariser Kongress. — Preußen und die Volksschule. III.

Novelle. — Benoit Malon. II. — Die Sünden der Presse. III. — Die Entwicklung der deutschen Agrarverhältnisse. II. — Die amerikanische Produktionstechnik.

An alle Arbeiter und Parteigenossen richten wir wiederholt die Aufforderung, unermüdet neue Abonnenten für unser Blatt zu werben.

Die nächsten Monate werden wesentlich eine Vorbereitungszeit für die nächsten Reichstagswahlen sein, deren ungeheure Wichtigkeit jedem Parteigliedrigen sofort klar sein muß, nachdem die Legislaturperiode im Reich auf fünf Jahre verlängert wurden. Da gilt es mit doppeltem Eifer zu wirken, und wir rechnen darum auch auf die regste Mitarbeit und Unterstützung der weitesten Kreise der Partei.

Um unseren Genossen die Gewinnung neuer Abonnenten zu erleichtern, werden wir Exemplare gratis zur Agitation versenden. Alle Freunde unseres Blattes, die eine bestimmte Anzahl solcher Gratis-Exemplare wünschen, bitten wir um umgehende Benachrichtigung durch Postkarte. Die Verteilung empfiehlt sich besonders in Vereinen und Versammlungen.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und die Aenderung des Strafgesetzbuches.

III.

gk. Derselbe rückschrittliche Geist kennzeichnet die weiteren Vorschläge des Herrn Fuld.

Er kommt jetzt zur „Verbesserung“ des § 131 des St. G. B., der heute lautet:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzumündigen, wissentlich öffentlich behauptet oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Es wird also hier die bewusste und absichtliche Lüge, angewendet zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen u. s. w., unter Strafe gestellt und zwar nur dann, wenn die Absicht, Staatseinrichtungen verächtlich zu machen ersichtlich ist.

Wie will nun aber Herr Fuld diesen Paragraphen umgestalten?

Man höre:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, welche geeignet sind, Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzumündigen, wissentlich verbreitet, wird mit Geldstrafe u. s. w. Hat der Thäter fahrlässig gehandelt, so tritt Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten ein.“

„Mit derselben Strafe wird belegt, wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, welche geeignet sind, den Staat oder die bestehende Gesellschaftsordnung oder Theile derselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzumündigen, wissentlich öffentlich behauptet oder verbreitet.“

„Die Bestimmung über die fahrlässige Verübung findet entsprechende Anwendung.“

„Wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder wer durch Verbreitung oder öffentliche Auslegung von Schriften oder anderen Darstellungen, oder wer in Schriften oder anderen

Darstellungen eine in den Gesetzen mit Strafe bedrohte Handlung anpreist, verherrlicht oder als etwas Rühmliches darstellt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Die Bestimmung des § 4, Absatz 2 Ziffer 2 des Strafgesetzbuches findet auf diesen Fall Anwendung.“

Die Vorschrift in § 10 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 wird hierdurch nicht berührt.“

Der angezogene § 4 Absatz 2 Ziffer 2 sagt, daß nach den Strafgesetzen des deutschen Reichs bestraft werden kann: ein Deutscher, welcher im Auslande eine landesverrätherische Handlung gegen das deutsche Reich oder einen Bundesstaat, oder eine Beleidigung gegen einen Bundesfürsten begangen hat. Es soll also auch die „Verherrlichung“ einer solchen That durch einen Deutschen im Auslande bestraft werden.

So Freund! nun gehe hin und berichte über irgend eine Thatsache des öffentlichen Lebens, wenn du mit den Gefängnissen unabwieslich Bekanntheit machen willst. Kannst du die Thatsache, die du berichtet hast, nicht in allen ihren Einzelheiten als durchaus wahr erweisen, hat sie sich auch nur in Lebenssachen etwas anders zugetragen, als du sie erzählst, so bist du verloren.

Du schreibst: der Magistrat hat das Asphaltpflaster so mit Wasser besprengen lassen, daß heut an einer Ecke drei Droschkenperde stürzten und eine Deichsel zerbrochen wurde. Es stellt sich aber heraus, daß du nur von zwei Pferden den Sturz beweisen konntest, so hast du ohne Zweifel eine „entstellte“ Thatsache behauptet. Es ist eine Anordnung des Magistrates, das Wasserbesprengen des Asphaltes, „herabgewürdigt“, weil behauptet ist, es habe verursacht, daß Pferde gestürzt sind. Alle Kriterien des § 130 sind erfüllt und die Strafe kann eintreten.

Nein, nein! man lasse uns unser liebes mildes Sozialistengesetz!

Mit den Geheimbündeparagraphen, den §§ 128 und 129 des St. G. B. ist Dr. Fuld, nachdem dieselben durch das Reichsgericht entsprechend „ausgelegt“ sind, einverstanden. Er hält es nicht für nötig, da noch weitere Verschärfungen eintreten zu lassen. Wir wüßten auch wirklich nicht, wie sich hier noch eine Verschärfung anbringen ließe.

Dagegen sollen die Vereinsgesetze erweitert werden:

„Vereine, welche die Förderung der in § 130 und 131 bezeichneten Handlungen zum Zweck haben, oder in welchen diese Handlungen verübt werden, sind von der zuständigen Polizeibehörde aufzulösen u. s. w.“

Herr v. Fuld ist so gütig, diese Befugniß der Polizei mit „Rechtsgarantien“ nach Muster des § 16 des preussischen Vereinsgesetzes zu umgeben. Was die bedeuten, wissen wir aus der Erfahrung. Der Fachverein der Berliner Maurer ist z. B. seit mehr als drei Jahren von der Polizei „vorläufig“ geschlossen. Trotz aller „Rechtsgarantien“ ist auch heut noch garnicht abzusehen, wann nun endlich ein richterlicher Entscheid getroffen werden wird. Das Rechtsverfahren hat dem Vereine nichts genutzt, aber sehr erhebliche Projektkosten verursacht. Die Rechtsförmlichkeit, die durch den Richterspruch gewährleistet werden soll, ist also ziemlich werthlos.

Nachdem das Strafgesetzbuch in dieser Art zugeschnitten ist, kann das **Vereinsgesetz** unverändert bleiben. Wie wenig es die Presse gegen ungerechtfertigte Beschlagnahmen schützt, ist ja bekannt, und das Recht, Zeitungen zu unterdrücken hat sich bei Handhabung des Sozialistengesetzes als werthlos erwiesen, weil es kein Mittel giebt, das Erscheinen neuer Zeitungen zu verhindern. Herr Fuld tröstet sich damit, daß die von ihm „verbesserten“ §§ 130 und 131 ausreichen werden, um die Presse gehörig niederzuhalten. Wir glauben auch, daß er damit Recht hat.

Ebenso will Herr Fuld auf die Befugnisse des so-

genannten kleinen Belagerungszustandes verzichten. Man hat besonders mit der Ausweisungsbefugniß keine guten Erfahrungen gemacht. Doch hält es Fuld für eine „offene Frage“ ob nicht dennoch auf Beschränkung des Aufenthaltes als Nebenstrafe zu erkennen sein möchte. Dies würde, nachdem das Strafgesetz so verbessert ist, daß ihm niemand, der öffentlich schreibt oder spricht, mehr entgegen kann, das Sozialistengesetz reichlich ersetzen.

Das sind die Grundzüge dessen, was Herr Dr. Ludwig Fuld dem deutschen Volke zu bieten wagt.

Wir würden auch an die Annahme dieser oder ähnlicher Vorschläge sehr leicht glauben, wenn irgendwie eine Sicherheit geboten werden könnte, daß diese Gesetze nur gegen die Arbeiter und ihre Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lage, durch sozialistische Formen sowohl als durch Koalitionsrecht, angewendet würden. So muß jede Partei fürchten, daß sie selbst über kurz oder lang diese „W. thaten“ des verbesserten Strafgesetzes am eigenen Leibe kosten bekommen kann.

Das ist die einzige Hoffnung, die wir haben, daß man es nicht ganz so schlimm machen wird, als die Herren von der nationalliberal-freikonservativen Gefinnung des Herrn Dr. Ludwig Fuld es gerne möchten.

Nicht Gerechtigkeitsinn sondern Furcht hält davon jurid, die Arbeiter zum äußersten des Rechtes zu berauben.

Zum Kongress der englischen Gewerkschaften zu Dundee.

(Vom 2. bis 6. September 1889.)

I.

pf. London, 3. September.

Der Guerillakrieg, der bisher in England weithin vernehmbar und mit immer steigender Heftigkeit zwischen Kapitalisten und dem Proletariat der Industrie mit wechselvollem Glücke tobte, ist in eine neue Phase eingetreten. Er ist augenscheinlich aus dem Stadium des planlosen ökonomischen Kleinkrieges in das des bewußten Klassenkampfes übergegangen.

In der Geschichte wie in der Naturwissenschaft gilt das Gesetz der Verwandlung der Energie. Die latente Energie, welche in hunderten von hungrigen Mägen aufgespeichert liegt, schlägt in dem Augenblick in eine sich wirkungsvoll bethätigende gesellschaftliche Macht um, wo sie sich zum Bewußtsein ihrer selbst entwickelt. Das auf die äußerste Spitze getriebene gesellschaftliche Elend, das sich negativ als solches selbst erkennt, konstituiert sich positiv als gesellschaftliche Macht und stellt die Forderung seiner eigenen Aufhebung. Auf diesen Standpunkt des bewußten Klassengegensatzes beginnt die englische Arbeiterklasse sich zu stellen: die ständig wachsende sozialistische Bewegung stellt seine theoretische, die großen ökonomischen Arbeiterkämpfe der letzten Jahre stellen seine praktische Seite dar.

Higher wages and shorter hours of labour, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, gewerkschaftliche Organisation oder selbst Achtstundentag sind nicht länger die endgiltig ausgegebenen Lösungsworte; die in den Streiks errungenen Siege enden nicht mehr in Friedensschlüssen, sondern nur in Waffenstillständen, in dem vorläufigen Berschnaufen auf der gewonnenen Position, von welcher aus die nächste zu nehmende in näheren Augenschein genommen wird. In den letzten großen Streiks haben die Arbeiter offen erklärt,)

) So z. B. kürzlich die Gasarbeiter. Vergl. Nr. 32 der „Volkstribüne“.

daß die der Kapitalistenklasse abgeforderten resp. abgerungenen Zugeständnisse durchaus nicht als letzte Ziele, sondern als Durchgangspunkte zu neuen Forderungen betrachtet würden. Der Klassenkampf ist also in Permanenz erklärt.

Damit hat sich in dem alten Gegensatz, wie er zwischen Kapitalistenklasse und gewerkschaftlich organisierter Arbeiterschaft bestand, eine ganz wesentliche Aenderung vollzogen, welche nicht nur eine neue Stellung der beiden gesellschaftlichen Klassen unter sich bedeutet, sondern auch einen bereits in vollem Gange befindlichen Umwandlungsprozeß innerhalb der Reihen der Trades Unions selbst gezeitigt hat; dieser letztere ist nur das getreue Spiegelbild, das nothwendige Resultat eben jener Frontveränderung.

Der Streit des hungernden Ostends von London, auf den gegenwärtig die ganze Welt mit Spannung blickt in Folge seiner in's Ungeheure gewachsenen Ausdehnung und der eigenartigen, ja großartigen Begleiterscheinungen, ist daher prinzipiell von viel geringerem Interesse als der Kongreß der vereinigten Trades Unions, der in dieser Woche zu Dundee in Schottland abgehalten wird. Der oben ange deutete Zwiespalt ist bereits vor zwei Jahren auf dem Gewerkschaftskongreß zu Swansea in Wales in hellen Flammen hervorgebrochen, aber noch nicht zum Austrag gekommen, obwohl schon dort die starren Schranken der bisherigen tradesunionistischen Tradition durch einige weit über dieselbe hinausgehende Resolutionen durchbrochen worden sind.

Wir wollen heute die feindlichen Stellungen vor dem Kongreß in's Auge fassen und uns den Schlachtbericht selbst für später aufsparen.

Das konservative Element der englischen Gewerkschaften, das in ökonomischer Beziehung noch auf dem bornirtesten manchesterlichen Standpunkt steht, hat seine Spitze in dem parlamentarischen Komitee, einem reichlich mit Geldmitteln unterstützten Ausschuß der vereinigten Gewerkschaften, der ihre „parlamentarischen Geschäfte“ zu besorgen hat.

Die bisher fast unbeschränkte Stellung dieses Komitees ist nun aber bedenklich in's Wanken gerathen, da es nicht nur seine völlige Unfähigkeit, sondern sogar seinen schlechten Willen klar an den Tag gelegt hat. Seine sogenannte parlamentarische Thätigkeit ist gleich Null. Zur Initiative irgend eines Reformvorschlages konnten sich die Broadhurst und Konsorten nicht aufschwingen, während ihre kleinlauten Armenhelfervorschläge nur Lachen und Unwillen erregten. Welche erbärmliche Rolle spielen sie gegenüber dem unermüdbaren Schotten Cuninghame Graham, dem einzigen Abgeordneten des Unterhauses, der sich offen auf den Boden des modernen wissenschaftlichen Sozialismus gestellt hat.

Ihre Lauheit und ihr Indifferentismus bei wichtigen Fragen, so erst kürzlich bei der Besichtigung des Pariser Kongresses, haben so viel böses Blut erregt, daß sich ein Protestkomitee aus verschiedenen Gewerkschaften gegen sie gebildet hat. Obwohl sie, durch das Votum des internationalen Gewerkschaftskongresses zu London im November 88, zur Unterstützung des internationalen Pariser Arbeiterkongresses offiziell verpflichtet waren, weigerten sie sich dennoch, demselben Folge zu leisten. Der energischen Thätigkeit jenes aus Sozialisten bestehenden Protestkomitees gelang es indessen zu erreichen, daß zahlreiche Gewerkschaften Delegationen nach Paris sandten, ja daß der in seiner Majorität reaktionäre Londoner Trades Council (Verband der Londoner Gewerkschaften) sogar dort vertreten war.

Dazu kommt aber endlich, daß die Herren vom parlamentarischen Komitee sich nicht entblödet haben, für Geld und gute Worte und für die Besenkung mit fetten Aktien im Interesse notorischer Bourgeoisandabenden für das Parlament unter den Arbeitern schamlos zu agitieren. So ging Henry Broadhurst, der Sekretär des parlamentarischen Komitees, für einen erklärten Gegner der Trades Unions, ein anderes Mal für einen im höchsten Grade verhassten blutgauerischen Ausbeuter auf den Stimmenfang, ein Vorgehen, das ihm viele seiner radikalen Freunde abwendig gemacht hat. Andere wieder haben sich „aus guten Gründen“ bereit finden lassen, der neuen Zudersfeuerpolitik ihre Zustimmung zu geben.

Das alles hat einen solchen Sturm herausbeschoren, daß man sich von Seiten vieler Gewerkschaften veranlaßt gesehen hat, demonstrativ gegen das Komitee vorzugehen. Verschiedene Trades Unions haben indignirt ihre Beiträge an das parlamentarische Komitee herabgesetzt, z. B. die Londoner Schriftsetzer auf Antrag des Sozialisten Batemann von 400 auf 100 Mark, andere, wie die Maurergewerkschaft, haben sie ganz eingestellt. George Shipton, der Vorsitzende des parlamentarischen Komitees, der den Titel eines arch-betrayers (Eizverrätters) ruhig auf sich sitzen lassen muß, ist in diesem Jahre, statt wie bisher einstimmig zum Sekretär des Verbandes der Londoner Trades Unions, gegen 15 Stimmen, die auf den Kandidaten Powell fielen, wiedergewählt worden; die Gewerkschaft der Hausdekorateure und Maler in London, deren Sekretär er gleichfalls war, hat ihn kürzlich mit Schimpf und Schande davongejagt. Gegen andere wiederum hat sich in ihren Wahlkreisen eine solche Opposition kund gegeben, daß sie ihren Sitz im Parlament schwerlich wiedererlangen werden. Gegen diese Alique nun wird es auf dem Kongreß zu Dundee zum offenen Aufstand kommen.

Von den neun Punkten der Tagesordnung dieses Kongresses werden namentlich zwei zu weiteren erbitterten Kontroversen Anlaß geben, nämlich erstens die Frage des achtstündigen Normalarbeitstages und zweitens die Vertretung der Arbeiter im Parlament in prinzipieller Hinsicht, also losgelöst von jeder Personenfrage.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so weiß man schon

jetzt, daß bei der Abstimmung, welche auf Beschluß des letzten Kongresses über die Frage des Achtstundentages in der Zwischenzeit in sämtlichen Trades Unions vorgenommen worden ist, sich die erdrückende Majorität zu Gunsten desselben entschieden hat.

Damit ist indessen die Sache nicht erledigt. Es fragt sich noch, ob er als unbedingte Maßregel gefordert und auf welchem Wege er erlangt werden soll. Einige Gewerkschaften, so in ihrem Jahresbericht die große und reiche der Vereinigten Maschinenbauer, erklären den Achtstundentag an und für sich für wünschenswerth, wollen ihn aber verknäueln, indem sie sich auf die gefährdete „Freiheit der Arbeit“ berufen. „Men must be free, die Menschen müssen frei sein“, erklärt der Sekretär Austin feierlich. Nun, dem guten Mann ist nicht zu helfen.

Ueber die Frage der Taktik haben sich auch die Meinungen der „Führer“ gespalten. Broadhurst, Crawford, Bidard, Fenwick und andere behaupten, daß die Trades Unions selbst stark genug seien, um ohne jede Staatsintervention den Achtstundentag von den Arbeitgebern zu erzwingen, während der Abgeordnete Abraham das bestritt und erklärt, er sei nur durch Parlamentsbeschluß zu erhalten.

Dieser Streit um das Entweder-oder ist indessen herzlich belanglos und kleinlich. Die Hauptsache ist, daß die Forderung des Achtstundentages von den organisierten Arbeitern auf ihre Fahne geschrieben worden ist, und daß es sich nun darum handelt, mit Aufbietung aller zu Gebote stehenden Mittel dieselbe zu verwirklichen.

Die Frage der Betheiligung an den Parlamentswahlen hingegen hat sich so sehr zu einer Personenfrage zugespitzt, daß eine prinzipielle Entscheidung über diesen Punkt kaum zu erwarten steht. Die ultra-reaktionären Gewerkschaftler haben sich glücklich zu dem erhabenen Standpunkt hindurchgearbeitet, daß die Politik die Wurzel alles Übels ist, und wollen daher überhaupt nichts mit ihr zu thun haben. Die Radikalen sind mit ihren Freunden vom Komitee unzufrieden, weil die letzteren sich mit anderen Parteien eingelassen, und die Sozialisten in den Unions endlich fordern die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei.

Die Sozialisten sind zweifellos das Ferment, welches die Gährung im Schooße der organisierten Arbeiterschaft verursacht hat und weiter treibt. Zahlreiche Unions sind bereits ausgesprochen sozialistisch, so die starke Gewerkschaft der Gasfabrikarbeiter, die Glasbläser, die Londoner Hausdekorateure und Maler, die Arbeiter der chemischen und Seifenfabriken, eine ganze Anzahl von Unions im Newcastle-on-Tyne Distrikt, ferner namentlich noch in Bristol und in Schottland. Endlich ist hier die General Labourer's Union zu erwähnen, eine Gewerkschaft ohne Gewerk, d. h. eine Vereinigung von unskilled (ungelehrten) Arbeitern, die jüngste aber eine sich mächtig entfaltende Union.

Dieses Resultat ist nicht zu verwundern, da jeder sozialistische Arbeiter moralisch verpflichtet ist, einer Gewerkschaft beizutreten und das sozialistische Programm zu propagieren. Was das besagen will, wird klar werden, wenn wir auf den Stand der sozialistischen Bewegung in England einen Blick werfen. Wir wollen nur einige sichere Daten aus dem neunten Jahresbericht der Sozialdemokratischen Föderation anführen.

Bei den Wahlen zum Londoner School Board wurden im Jahre 1885 in vier Bezirken, wo Kandidaten aufgestellt waren, 8532 Stimmen abgegeben; diese Zahl stieg 1888 auf 49830 Stimmen in 7 Bezirken. Annie Besant und Stewart Headlam wurden gewählt. Außerdem Snow in Tottenham, Burns, der Held vom Trafalgar Square, the man with the red flag (der Mann mit der rothen Fahne), wurde mit großer Majorität in den County Council zu Battersea (London S.) gewählt. In Bristol siegte ein sozialistischer Kandidat mit über 14 000 Stimmen, in Newcastle drei Kandidaten mit je über 13 000 Stimmen. In Birmingham waren bedeutende Minoritäten zu verzeichnen. Auch die Socialist League hat Kandidaten durchgebracht.

Im Ausland wird die Bedeutung der englischen sozialistischen Bewegung zweifellos unterschätzt. Da sie über eine außerordentliche Zahl von gewandten Rednern verfügt, so ist es kein Wunder, daß sie unter den Unions beständig Anhänger wirbt. Auf dem possibilistischen Kongreß zu Paris gelang es sogar den als Gewerkschaftsdelegirten entsandten Sozialisten, die übrigen englischen Delegirten zur Annahme der sozialistischen Resolution des Amerikaners Wandby mit fortzureißen, und von sozialistischer Seite wird man es auf dem Kongreß nicht unterlassen, sie hierauf festzunageln.

Endlich wird es den Sozialisten ein leichtes sein, nachzuweisen, wie unzureichend trotz der pomphaften Berichte der Sekretäre die Gewerkschaften an sich sind. Selbst in den besagenden Arbeitszweigen sind eine große Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Der Prozentsatz beträgt oft 5—10 pCt. und mehr. So ist derselbe in dem gegenwärtig blühenden Zweige der Maschinenbauer 5 pCt., trotzdem das Unterhaus erst wieder 440 Millionen Mark für neue Kriegsschiffe bewilligt hat! Ferner ist es kaum nöthig, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, welchen minimalen Bruchtheil die organisierten Arbeiter gegenüber ihrer ganzen Klasse darstellen. Die unskilled labourers, die Arbeiter „der rohen Faust“ bilden den bei weitem größten Theil, und gerade in diese ist jetzt die sozialistische Propaganda wie ein Zündfeuer hineingeschlagen; und Sozialisten sind es, die sie in Unions organisieren. Die frühere Erklüßtheit der hochnasigen „Aristokraten der

Arbeit“ hat einem rückhaltlosen Zuruf des Beifalls und nachhaltiger finanzieller Unterstützung gegenüber den neuen Kameraden Platz gemacht.

Täglich sehen die Unionisten ihre Bestrebungen scheitern, wo sie nicht die tatsächliche Macht hinter sich haben. Es beginnt die Einsicht zu tagen, daß die Erlangung der politischen Macht nur durch Zusammenschluß der ganzen Klasse sei es nun zu einer selbstständigen Partei oder zu einem festen Ring von Arbeiterorganisationen mit politischem Programm zu erreichen ist. Sie fangen an zu begreifen, daß ihre eigene Emanzipation nur in der Emanzipation ihrer Klasse besteht. Auf dem Kongreß zu Dundee wird sich das zeigen.

Irreführende Streikstatistiken.

Wenn die Unternehmer einen Streik nicht verhindern konnten, so schlugen sie doch hinterher immer noch einen Heidenlärm, um die Arbeiter als unüberlegte Thoren zu schildern und um ihnen dadurch vor einem etwaigen späteren Lohnkampf „graulich zu machen“. Man sucht das gesunde Urtheil der Arbeiter und vielleicht auch das der öffentlichen Meinung zu trüben, um in der Zukunft im Trüben besser fischen zu können.

Ein Mittel zu diesem Ziele sind die, in der That viele verblüffende Streikstatistiken, welche die Kapitalistenorgane regelmäßig nach jedem größeren Ausstand veröffentlichten.

Da wird uns jedesmal in einem wahren Zanterton zu Herzen geführt, daß der Streik nicht nur dem Kapital Unsummen Geldes gekostet habe — das würde am Ende die Arbeiter weniger rühren — sondern daß auch die Arbeiter in den unfreiwilligen Feiertagen wegen des entgangenen Lohnes hunderttausende, ja bei den Bergleuten z. B. Millionen eingebüßt hätten und daß sie diese Verluste selbst bei einem Siege in vielen Jahren noch nicht wieder hereinbringen könnten.

Es bedarf nur weniger Worte, um all diese Ausführungen als beabsichtigte Täuschungen zu entlarven.

Einmal lassen sich Fortschritte oder Rückschritte der Arbeiterbewegung doch gar nicht nach Groschen und Pfennigen abschätzen. Mancher Streik ist von diesem Gesichtspunkte aus verloren gegangen und doch hat er zum ersten Male tausende von indifferenten Kollegen ausgerüstet, ihnen ihre erbärmliche Lage zum ersten Male zum Bewußtsein gebracht, er hat sie auf die Solidarität mit ihren Berufsgenossen und auf den Gegensatz zum Kapital hingewiesen, er hat die ersten Keime zu einer richtigen Auffassung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in ihre Brust gelegt — und das wirkt dann in Zukunft weiter und weiter, das schafft festen Zusammenhalt, wo früher der Indifferentismus herrschte, das schafft zielbewusste Arbeiter, die nicht mehr wie früher im Lager der Fringe stehen, das schafft die nöthigen Vorbedingungen zu späteren Erfolgen.

Dagegen sollten die allenfalls verloren gegangenen paar Groschen so schwer in's Gewicht fallen, daß man auf diesen ganzen Aufschwung der Arbeiterbewegung, womöglich auf jeden Streik verzichten müßte? Würde uns eine Agitation durch Schrift und Rede nicht mindestens dieselben Kosten bereiten, wenn sie die Massen in gleicher Weise aufrüttelt soll?

Und dann kann — auch von diesem beschränkten Kräftestandpunkt aus — mancher scheinbare Verlust noch immer ein Gewinn für die Arbeiter sein. Wenn die Arbeiter niemals die Zähne zeigten, wenn sie vor jeder Arbeitseinstellung die Heidenangst hätten, die man ihnen von kapitalistischer Seite künstlich einzuflohen sucht — was für Lohnherabsetzungen und für Arbeitsverlängerungen hätten sie dann schon erdulden müssen! Was würden die Unternehmer sich alles herausgenommen haben, was so aus Furcht vor dem sich erhebenden Widerstand der Betroffenen unterblieben ist! Wenn man diesen verhüteten Schaden auch in Geld umrechnen könnte, so würden wir schon ein ganz anderes Bild bekommen.

Aber selbst mit den Zahlen über die Kosten eines künstlichen „Produktionsstillstandes“, über die Einbußen an Kapital und Lohn bleibe man uns hübsch vom Halse! Glaubt man vielleicht, es werden hunderte von Häusern weniger gebaut, bemalt, tapeziert und mit allem Nöthigen ausgerüstet, wenn die Maurer, die Zimmerer, die Maler, die Tapezierer, Tischler u. s. w. einmal ein paar Wochen streiken? Glaubt man, es werden hunderte von Maschinen später fehlen, weil die Arbeiter dieser Branche in den Lohnkampf treten? Gewiß nicht, es wird später alles nachgehafft, was anfangs unterblieb. Der Arbeiterstand geht also später um so viel mehr Lohn, als er im Augenblick einbüßt — ja er gewinnt direkt dabei, wenn er durch einen Streik unterdeß eine Lohnerhöhung erkämpft hat. Die hunderttausende von Millionen von scheinbar verlorenem Lohn erhält die Arbeiterschaft also später, wo der vorübergehende Produktionsausfall wieder gedeckt werden muß, zurück und das noch dazu oft mit einem Aufschlag zu ihren Gunsten; der Unternehmer muß später mehr arbeiten lassen; und wenn dazu vielleicht auch ehemals Arbeitslose, die gar keine Stellung hatten, herangezogen werden, wenn die eigentlichen Streikenden also nicht alles selber wieder nachholen, so büßt die gesammte Kollegenchaft doch nichts ein, sie holt nur später nach, was sie früher einbüßt. Oder glaubt man etwa, die Bevölkerung braucht wegen eines Schuhmachersstreiks weniger Stiefel, wegen eines Schneidersstreiks weniger Kleidung, wegen eines Bauhandwerkerstreiks weniger Wohnungen?

Von wenigen Ausnahmen (wie bei den Bäckern u. s. w.) abgesehen, muß also aller Bedarf nachträglich gedeckt wer-

den, er wird es auch tatsächlich und so zerrinnen alle herausgerechneten scheinbaren Lohnverluste in nichts und wieder nichts.

Und dann stimmen wir den Ausführungen einer kürzlich erschienenen Broschüre zu, welche den Vorwurf, die Arbeiter leuten der Produktion unnütze Störungen auf, den Unternehmern in folgender Weise zurückgibt (Berliner Arbeiterbibliothek Heft 2):

Ist denn der Produktionsstillstand, wie er durch Streiks bewirkt werden soll, in unserem Wirtschaftssystem etwas so Unerhörtes, oder tauchen nicht vielmehr fortwährend Störungen auf — Störungen von unvergleichlich größerem Umfange und von viel längerer Dauer — Störungen, für welche einzig das Privatkapital verantwortlich zu machen ist, dasselbe Kapital, von welchem die Arbeit denutzigt wird, wenn sie einmal dasselbe, aber in winzigem Maßstab thut? Das Kapital, indem es in fieberhafter Regsamkeit die Produktion ins Ungemessene steigert, während es die arbeitende Masse mit Hungerlöhnen abspießt und somit künstlich den Konsum hemmt — gerade das Kapital ist es, welches das Verhältnis zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch fortwährend steigert und damit Krisen von immer schlimmerem Wüthen und immer endloserer Dauer hervorruft. — Betrachten wir doch einmal unbesangenen die letzten zwanzig Jahre unserer Wirtschaftsentwicklung und sehen wir zu, welche einen Stillstand der Produktion wir da der unumschränkten Herrschaft des Privatkapitals und auf der anderen Seite dem organisierten Widerstande des Proletariates gegen die Folgen dieser Herrschaft verdanken! Wir haben da eine Zeit voller Beschäftigung nur in den Jahren 1871, 1872 und zum Theil 1873. Hier steht die zweite Hälfte bereits unter den Folgen des großen Zusammenbruchs, mit dem der kurze Aufschwung endete — und wie lange hat die Zeit vollständiger Arbeitslosigkeit oder nur theilweiser Beschäftigung in allen Industriezweigen Deutschlands angehalten? 1874 ist ein Jahr unerhörten schlechten Geschäftsganges, aber ebenso steht es mit 1875, 1876, 1877, 1878. Erst 1879 wird der Pulsschlag des Verkehrs wieder ein lebhafterer, jedoch bereits im Anfange unseres Jahrzehnts stockt der Absatz und damit die Industrie von neuem, und diese Störung ist bis 1888 gewachsen, sodas im vorigen Jahre selbst Chroniken die Skalamität offen anerkennen. — Nun lege man sich die Frage vor: wieviel Monate, nein, wieviel Jahre des Stillstandes schenken wir in allen Erwerbszweigen aller Erwerbszweige in ganz Deutschland dieser Entwidlung? Und wieviel Monate, nein höchstens Wochen des Stillstandes haben allenfalls die Arbeiter durch ihre Lohnkämpfe hervorgerufen? Ja verringern die Arbeiter nicht sogar den allgemeinen Produktionsstillstand, wenn sie sich eine bessere, menschenwürdiger Lebenserhaltung erkämpfen: weil der Absatz der Waaren dann eine Vermehrung, die Krisis also eine Milderung erfährt? Auch diese Anklage ist also ganz haltlos.

Fassen wir das Gesagte nochmals zusammen, so finden wir demnach:

Streikerfolge können überhaupt nicht nach den Groschen und Pfennigen der „Kriegskosten“ abgeschätzt werden: gerade die agitatorischen Fortschritte würden dabei gar nicht in Ansatz kommen und diese sind oft von viel höherem Werth als eine — vielleicht nur vorübergehende — Lohn-erhöhung.

Auch Streiks ohne schließliche Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung können den Arbeitern von eminentem Nutzen sein, weil sie die Unternehmer verhindern, sonst geplante Lohnverkürzungen, Verlängerungen der Arbeitszeit vorzunehmen.

Was die Arbeiter während des Lohnkampfes als Arbeitslohn einbüßen, ist durchaus kein reiner Verlust, es wird nur später erworben, allerdings oft von anderen Kollegen, die vielleicht sonst ganz arbeitslos sein würden. Für die Gesamtarbeiterschaft gleicht sich das wieder aus.

Schließlich sollte das Kapital, wenn es den Arbeitern nachrechnet, was deren „Produktionsstörungen“ kosten, lieber einmal erwägen, was es selber an Störungen und Krisen hervorruft. Vielleicht kommt es dann selber zu der Einsicht, daß es gar keine Ursache hat, anderen Vorwürfe zu machen.

Jedenfalls mag es die Arbeiter mit seinen Zurechnungen künftig verschonen, da es sich damit doch nur blamieren kann.

Ein ultramontanes Blatt über den Pariser Arbeiterkongress.

In den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland“, welche der ehemalige Reichstagsabgeordnete und Zentrumsführer Edmund Jörg — zugleich einer der tüchtigsten Kenner und Schilderer der älteren deutschen Arbeiterbewegung — herausgibt, finden wir folgende unumwundene Anerkennung der Bedeutung des Pariser Kongresses und des Einflusses der deutschen Sozialdemokratie:

„Der Kongress war eine glänzende Machtprobe der deutschen Sozialdemokratie insbesondere. Aus den „unteren Schichten“ ist ein freies Arbeiterparlament hervorgegangen, das für die Gegenwart meteorologisch verschwindet, aber seinen Schatten auf die Zukunft geworfen hat, gleichgültig, was zunächst aus der „Internationalen“ werden wird.

„Die Thatsache läßt sich nicht mehr übersehen, daß nur noch in jenen „unteren Schichten“ das Zeug vorhanden wäre zur Wiederherstellung der Gemeinlichkeit zwischen den Völkern — man kann

leider (?) nicht mehr sagen: in der ganzen Christenheit, aber in der ganzen civilisirten Welt — welche zur gefühlvollen Umgestaltung der verrotteten Gesellschaft unbedingt erforderlich gewesen wäre. Was von jenem gottgewollten (?) Solidaritätsgefühl in der Menschheit noch übrig geblieben, hat sich in die Tiefen der Menschheit hinabgesenkt. . . . Der Begriff einer allgemeinen Humanität erscheint den legitimen Gewalten in ihrer nationalen Beschränktheit und Verbissenheit schon als eine hochverrätherische Zumuthung. Sie haben über ihre Grenzen hinaus nur ein Auge für neu ausgeirrelte und auszugirrende Landkarten;

eine magna charta der Menschheit ist ihnen eine feindliche Idee.

Jede Nation ist Feind einer anderen geworden, und sieht sich gezwungen, zu ihrer Sicherung jeden Augenblick bis an die Zähne gerüstet zu sein. Der auf's höchste gesteigerte Militarismus aber verträgt sich von Natur aus nicht mit dem Gedanken einer sozialen Gemeinsamkeit der Völker. Der nationale Parlamentarismus selber schiebt überall dahin in dem engen und verrotteten Wirkungskreis, den ihm die nationale Politik mit ihrem Militarismus bis auf weiteres einräumt; und ihm gegenüber und gegenüber der interessirten Klasse, die ihn noch trägt, erscheint nun das freie Welt-Arbeiterparlament in Paris als die beginnende Erhebung der Deklassirten in der Menschheit, ein kosmopolitisches Parlament mit Diäten aus den Sammelgroßen seiner Wähler.

Ein tüchtiger Zufall hat zudem für ein Gegenstück gesorgt, wie es schneidender nicht erdacht werden kann. Es war dieß der Antrag der Schweiz auf eine internationale Sozialkonferenz. . . . In der That ließen sich die Aussichten für die vorgeschlagene Sozialkonferenz diesmal günstiger wie 1881 an. Abgesehen von Rußland, stimmten alle Mächte zu, nur Deutschland hielt sich hartnäckig zurück, so daß die Konferenz wenigstens vertagt werden mußte. Der Grund für die stillschweigende Ablehnung in Berlin wird derselbe gewesen sein wie im Jahre 1881: die fragliche Materie sei wegen der besonderen Verhältnisse und abweichenden Interessen der verschiedenen Staaten zur internationalen Regelung nicht geeignet. Auf den ersten Blick mag es verwunderlich erscheinen: wenn der Reichstag fast einstimmig geistliche Feststellung der Sonntagsfeier mit den anderen unerläßlichen Bedingungen des Arbeiterschutzes beantragt, so wendet der deutsche Kanzler ein: unmöglich, denn diese Verhältnisse könnten nur international geregelt werden. Wenn aber, wie die Schweiz zweimal gethan, zu dem Zwecke eine internationale Konferenz in Vorschlag kommt, entgegnet der Kanzler: die Verhältnisse in den einzelnen Industriestaaten seien zu verschieden und zur internationalen Regelung nicht geeignet. Sieht man jedoch der Sache auf den Grund, so erkennt man die Folgerichtigkeit in der internationalen Isolierung Preußens bezüglich der sozialen Frage. Vor Jahren hat einmal verlautet, daß Fürst Bismarck selbst in Wien eine internationale Regelung angeregt habe; seitdem aber das System der Arbeiterversicherung, mit „Verwendung von Mitteln der Gesamtheit“ den Sieg davon trug, mußten sich die Wege zur Lösung der sozialen Frage zwischen Preußen und allen anderen Staatswesen trennen. . . . Das gewählte System fordert seine folgerichtige Entwicklung, und so werden die Wege der preussischen Sozialreform sich immer weiter von dem Vorgehen der anderen Völker entfernen. . . .

Aber ringsum steigt die trübe Fluth des Proletariats immer höher an, die baare Vernichtung jeder sozialen Existenz. Bei der Berathung der Handwerkerfrage im Reichstag vor vier Jahren hat der Abg. Hipe gesagt: „Fällt der Mittelstand, dann stürzt auch die bloß auf zwei Klassen, Proletariat und Vermögende, reduzierte Gesellschaft zusammen.“ Der sozialdemokratische Redner erwiderte: „Ja, aber ihm ist nicht mehr zu helfen; die erste Maschine hat ihm das Grab gegraben.“ Auch die andere „soziale Nothwendigkeit“, um mit Herrn Hipe zu reden, die Landwirtschaft, verfinstert mehr und mehr in die Verschuldung. Weder der gesteigerte Brodbedarf der stark vermehrten Bevölkerung, noch der Segen einer reichen Ernte kommt ihr mehr zu gute. Preußen hatte eine vortreffliche Ernte im Jahre 1887, trotzdem betrug die Neuverschuldung der ländlichen Bezirke in dem Jahre 133 Millionen. . . .

„Das ist der Gährungsstoff, der sich in allen civilisirten Ländern niedergeschlagen hat, gerade in denen am meisten, die noch in der letzten Zeit äußerlich als die glücklichsten, reichsten und zufriedensten erschienen; und in dem Maße, als es geschah, strömt die sozialistische Bewegung wie ein Feuerstrom unaufhaltsam durch die Gesellschaft.

Es ist eine neue Welt, die sich seit der französischen Revolution. . . . aufgethan hat. Ihrem Geiste konnte noch gewehrt werden, und ist je nach den Verhältnissen der einzelnen Länder Jahrzehnte lang gewehrt worden (?). Als aber die dämonischen Naturkräfte hinzutreten und der alten Gesellschaft ihre Welt unter den Füßen hinwegzogen, da war alles Sträuben der einzelnen Nationen ohnmächtig. Seit einem Jahrzehnt sind in allen großen Zentren diesseits und jenseits des Ozeans soziale Explosionen erfolgt, nirgends konnte ihre Wiederkehr abgeschnitten werden. Als vor fünf Jahren in Frankreich die wirtschaftliche Krise ausbrach, und in Paris allein an hunderttausend Arbeiter ihren Hunger anmeldeten, da fuhr das republikanische Regiment erschreckt in die Höhe. Der berühmte Redner Graf Albert de Mun schildert den Vorgang: „Zehn Tage hindurch folgten Reden auf Reden, ohne daß ein praktischer Entschluß zur Beseitigung der Uebel der Gegenwart, noch ein Plan, den zukünftigen vorzubringen, zu Stande gekommen wäre. Die Mißstände klagten zu laut, als daß man sie hätte leugnen können; man konnte die Augen nicht mehr verschließen vor der erschöpften Industrie, der zerstörten Landwirtschaft, den auf's Tiefste beunruhigten produktiven Klassen, die von Haß durchwühlt, von der Spekulation ausgefressen sind. Als man aber einen Schluß aus diesen Thatsachen ziehen wollte, da wukte man nichts Besseres, als sich gegenseitig der Schuld am allgemeinen Bankrott anzuklagen.“

„Die „Arbeitslosigkeit“ der Massen ist stets als das gefährlichste Uebel betrachtet worden, und hat sich seit mehreren Jahren, namentlich zur Winterszeit, bald da und

bald dort in vulkanischen Ausbrüchen kundgegeben. Mit jeder Aufstellung einer neuen Maschine wird das Uebel bedrohlicher. Auch im deutschen Reich ist seinerzeit die Abwehr gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit als eine Hauptaufgabe der Sozialreform betrachtet, sogar das „Recht auf Arbeit“ als landrechtlich in Preußen verkündet worden. Der dort betretene Weg führt aber nicht über diesen Berg; er könnte nur mit Hilfe internationalen Vorspanns bestiegen werden, also ist man lieber vor ihm stillgeblieben. Dafür ist ein internationaler Gedanke anderer Art laut geworden. . . .

„So hat gegen Ende vorigen Jahres die preussische „Chinesenfrage“ plötzlich alle Welt überrascht. Die Agrarier in Westpreußen, Posen und Schlesien haben den Gedanken ernstlich erwogen, aber auch in Holstein, Schleswig und Hamburg hat man insbesondere für die Bemannung der Seeschiffe nach Chinesen und Negern ausgeschaut. In Flensburg haben sogar schon Unterhandlungen mit drei aus England herübergereisten Chinesen stattgefunden. Daneben die Hunderttausende, die vergeblich nach Arbeit suchen, — das beleuchtet erst recht die Unnatur der modernen Zustände. Wenn die schwindelhaft in die Höhe getriebene deutsche Industrie heute oder morgen ihren unausbleiblichen Krach erlebt, dann wird die Eigenart der deutschen „Sozialreform“ an der Arbeitslosigkeit der Massen ihre verdoppelte Schwierigkeit haben; denn gegen sie ist gesetzlich gar nichts vorgekehrt.

„Auf dem Pariser Arbeiterkongress haben ohne Frage die deutschen Sozialdemokraten die erste Rolle gespielt; sie vertraten dort diejenige soziale Gemeinlichkeit aller Völker, welche deren Nachhabern und vor allen ihrem Vaterlande verloren gegangen ist. Die neue Welt der dämonischen Naturkräfte hat nirgends rascher als in Deutschland die Geister in den unteren Schichten gewedt und zur sozialen Bewegung herangezogen. In den letzten sechziger Jahren noch klein, machtlos, verspottet, verfügt die sozialdemokratische Partei jetzt über eine Million Stimmen bei den Reichstagswahlen. Damals zum größeren Theile noch in der „nationalen“ Richtung befangen, giebt sie jetzt den Engländern und Franzosen den internationalen Ton an. . . .“

Wie kläglich nimmt sich gegen diese ruhige Anerkennung seitens eines Gegners, der aber mit einem offenen Kopfe ausgestattet ist, das öde Toben der beschränkten Schwachköpfe von der Kartellpresse aus!

Preußen und die Volksschule.

III.

Der skandalöse Mangel an Schulen, wie wir ihn am Schlusse des vorigen Artikels nachgewiesen haben, der Umstand, daß beispielsweise 5580 Ortschaften nur 558 Schulen besitzen, bringt es mit sich, daß für die große Mehrzahl der Kinder überhaupt kein regelmäÙiger Unterricht existirt.

Was nützt es, wenn die Kinder in den Sommermonaten einige Mal in die Schule kommen: kann doch der Unterricht nur dann nutzbringend sein, wenn er in ununterbrochener Weise erteilt wird.

Was will es denn heißen, wenn 7011 Gemeinden eine eigene Ortsschule besitzen, wenn dagegen die Kinder aus ca. 29400 Gemeinden in fremde, weit entfernte Schulen laufen müssen.

Nach 17019 Schulorten kommen Kinder von auswärts, und oft genug aus einer Entfernung, die zurückzulegen ein Kind 2—3 Stunden braucht!

Zum Beweise sehe man sich nur einmal die folgende amtliche Tabelle¹⁾ an. Darnach kommen Kinder auf eine Entfernung

bis 1 km nach	2525 Orten
2 "	6113 "
3 "	4502 "
4 "	2539 "

und das geht so weiter fort bis zu jenen 235 Orten, zu deren Schulen die Kinder einen **Marß von 7 und mehr Kilometern** zurückzulegen haben.²⁾

Man beachte bei dieser Tabelle, daß nur die Anzahl der Schulorte angegeben ist und nicht die Anzahl der Gemeinden, deren Kinder die betreffenden Strecken bis zur Schule zurückzulegen haben. Wir glauben unserem offiziellen Statistiker gerne, daß er Ursache hatte, uns diese Daten zu verschweigen. Daß sich dabei ein Resultat ergeben würde, wonach mehr als 60 pEt. der ländlichen Schuljugend einen Weg von 4 km und mehr zu ihrer Schule hätten, dürfte noch zu niedrig gegriffen sein.

Man kann sich nun vorstellen, wie oft die Kinder im Winter und bei regnerischem Wetter in die Schule kommen werden, in welchem Zustand sie sich befinden, nachdem sie einen stundenlangen Marß auf holpriger Landstraße zurückgelegt haben, wie groß ihre Lernbegierde in der dampfen, überfüllten Schulstube sein muß, die wie E. Sad³⁾ behauptet, gewöhnlich eine schauerhafte Spelunke ist, schlechter als jeder Pferdebestall auf den preussischen Domänen.

Es ist klar, daß kein Schulunterricht tausendmal besser ist als der unter solchen Verhältnissen erteilte, und ein wie großer Hohn auch in dieser Bemerkung liegen mag, so entspricht sie doch den Thatsachen. Ist es denn nicht besser, das Kind bleibt zu Hause, als daß man es den Anstreng-

¹⁾ Denkschrift über den Zustand der preussischen Volksschule im Jahre 1882. S. 18. Berlin 1883.

²⁾ 7 1/2 Kilometer = 1 Meile; 4 km. also mehr als 1 Stunde.

³⁾ Sad „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit“. S. 112.

ungen eines stundenlangen Marsches, dem ungefunten Aufenthalt in überfüllten, kalten Räumen aussetzt, und es schließlich, ermüdet und abgepannt, den Launen eines prügelstüchtigen Schulmeisters ausliefert?

So haarsträubend diese Zustände auch sind, so haben sie doch das Gute, daß die Kinder höchst selten zur Schule kommen und dadurch nicht allein dem Lehrer seine Arbeitslast erleichtern, sondern auch die Ueberfüllung der Schulen und Klassen in dankenswerther Weise mildern. Es wird dadurch bewirkt, daß doch die wenigen regelmäßig zur Schule kommenden Kinder etwas lernen können, daß der Lehrer nicht von seiner Aufgabe erdrückt wird. Damit wollen wir diese Zustände, welche zu ändern unsere weise preussische Regierung sich absolut nicht entschließen kann, in keiner Weise beschönigen. Im Gegentheil, zumal diese jeder Beschreibung spottenden Uebelstände sehr leicht durch Anstellung neuer Lehrkräfte beseitigt werden könnten.

Zum wenigsten hätte man erwarten dürfen, daß die geringe Anzahl der bestehenden Land Schulen in einem halbwegs erträglichen Zustande erhalten werde. Aber auch das ist nicht der Fall: haben doch 19 627 Land Schulen, — das sind 66 pCt. ihrer gesamten Anzahl — nur einen einzigen Lehrer und eine einzige Klasse.

Daß diese Schulen nun in keiner Beziehung selbst den übermäßig bescheidenen Anforderungen genügen, welche die preussische Schulverwaltung an dieselben stellt, wollen wir im folgenden beweisen.

Während man in „wilden Ländern“, wie die Schweiz und Frankreich als Maximum 40—50 Kinder festgesetzt hat, welche noch von einem Lehrer und in einer Klasse unterrichtet werden dürfen, übt das zivilisierte Preußen eine wahrhaft christliche Bescheidenheit, indem es durch seinen Unterrichtsminister vorschreiben läßt, daß „in der Regel nicht mehr als 80 Kinder auf einen Lehrer und nicht mehr als 70 auf eine Klasse kommen sollen.“¹⁾ Wer nun aber glauben wollte, daß damit die preussische Bescheidenheit ihre Grenze erreicht hätte, wäre im großen Irrtum. Eine spätere Verfügung erklärt, daß auch zweiklassige Schulen mit einem Lehrer und dreiklassige Schulen mit zwei Lehrern noch als „normale Lehranstalten“ angesehen werden müßten, was heißt mit anderen Worten: ein Lehrer vermag in vollkommen ausreichendem Maße 140 Kinder täglich zu unterrichten!

Hat man nun den Begriff der normalen Volksschule auf eine so schwindelerregende „Höhe“ gehoben, so sollte man glauben, daß nach dieser Definition im ganzen Preußen keine einzige „anormale“ Volksschule aufzufinden wäre. Weit gefehlt! Gerade hier stellen die Leistungen unseres Intelligenzstaates alles bisher Dagewesene in tiefen Schatten. 1882 erhielten von den 4 340 000 volksschulpflichtigen Kindern nur 2 275 616, das sind 52,4 pCt. Unterricht in derart „normal“ eingerichteten Schulen. 1886 dagegen erhielten von den 4 838 247 Kindern sogar 2 604 874, das sind 53,8 pCt. „normalen“ Unterricht. Ganzes 1 pCt. mehr!

Schade, daß wir diese Freude über jenen großen Fortschritt etwas herabmindern müssen. Wir, die wir nicht jene preussische Bescheidenheit üben, betrachten die zweiklassigen Schulen mit einem, die dreiklassigen Schulen mit zwei Lehrern nicht mehr als „normale“ Unterrichtsanstalten. Rechnen wir also die in solchen Schulen unterrichteten Kinder von den „Normalen“ ab, so ergibt sich, daß 1882 41 pCt. der volksschulpflichtigen Jugend, 1886 aber nur 39 pCt. „normal“ unterrichtet wurden. In Wahrheit also ein Rückschritt von 2 pCt.

Zu einem solchen „Erfolg“ kann man in unserer fortschrittlichen Zeit dem Herrn Unterrichtsminister von Gossler in der That gratulieren.

Bedenkt man nun noch, daß die große Mehrzahl dieser 39 pCt. normal unterrichteter Kinder sich in den Städten befindet, wo die Kommunen selbst für die Schulen sorgen und erinnert man sich dann jenes reformatorischen Planes der „Konfer. Korrespondenz“, dem zufolge den Kommunen die Verwaltung der städtischen Volksschulen entzogen werden sollte, so kann man sich unmöglich der Ueberzeugung verschließen, daß es dem Herrn Unterrichtsminister mit der Zeit noch gelingen wird, weitere Lorbeeren zu erringen.

Von welcher Art aber diese sein werden, wollen wir unseren Lesern durch Vorführung der „anormalen Frequenzverhältnisse“ — denn auf ihre Verbreitung richtet sich ja das Streben — klar machen.

„Anormales Frequenzverhältnis“? Das ist ein Zustand der schauerhaftesten Ueberfüllung der Volksschule; darunter litten 1882 2 064 113 Schüler, 1886 2 323 373, also 169 260 Schüler mehr als 1882!

Daß aber der Unterricht für die Schüler bei „anor-

malen Frequenzverhältnissen“ so gut wie nutzlos ist, wird selbst von offizieller Seite zugegeben.

In dem verhältnismäßig noch günstigen Jahre 1882 betrug die Zahl der überfüllten Schulen in Preußen 15 523, die der überfüllten Klassen 22 707; die Anzahl der gesamten Schulen betrug dagegen 33 040, die der Klassen 65 968. Demnach war also der Unterricht in 47 pCt. der sämtlichen Volksschulen nahezu wertlos.

Und heute ist es noch schlimmer.

Aber damit nicht genug! Die Schulverwaltung sah sich infolge der grauenhaften Ueberfüllung der Hälfte ihrer Anstalten gezwungen — und das kennzeichnet am besten die preussischen Volksschulzustände — **schulpflichtige Kinder zurückzuweisen**, also ihr eigenes Gesetz, welches den obligatorischen Schulunterricht bestimmt, mit Füßen zu treten! So konnten wegen „anormaler Frequenzverhältnisse“ am 1. Oktober 1881 bezw. am 1. April desselben Jahres 9432 Kinder keine Aufnahme finden!

Also nicht nur erfüllt die preussische Regierung ihre Aufgabe, ihre Pflichten gegen das Volk in einer durchaus mangelhaften Weise, sie ist sogar außer Stande, sie völlig zu bewältigen, ihren Unterthanen das zu gewähren, worauf diese ein gesetzliches Recht haben!

Und zu derselben Zeit, wo dies geschieht, erheben die Organe ein lautes Geschrei über den „Ueberfluß an Gebildeten“!

Wollte der preussische Staat seinen Unterthanen das Maß der Bildung und Erziehung wirklich zuteil werden lassen, daß er ihnen zu geben verpflichtet ist, so würde er nicht über einen Ueberfluß an Lehrkräften, sondern über einen Mangel klagen können. Aus der That sache, daß die 33 040 Volksschulen mit ihren 65 968 Klassen, die 1882 bestanden, nur 59 917 Lehrkräfte hatten, geht hervor, daß die Zahl der Lehrkräfte hinter derjenigen der Klassen um 6051 zurückgeblieben ist.

Und dieser Mangel an Lehrern ist noch fortwährend gewachsen. Fehlten doch nach der kürzlich erschienenen amtlichen Statistik²⁾ im Jahre 1886 nicht weniger als 10 347 Lehrer. Dieser Lehrermangel ist seit 1886 wahrscheinlich noch größer geworden, da infolge des neuen Pensionsgesetzes viele Lehrer in den Ruhestand getreten sind, dabei aber die Zahl der Schulamtskandidaten zurückgegangen ist. An Stelle der 9400 Seminaristen, die sich 1873 auf den Lehrerberuf vorbereiteten, waren im Oktober 1888 nur 8507 vorhanden. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß für jede Schule heute schon ein Lehrer fehlt.

Werfen wir nach diesen allgemeinen Angaben, einen Blick auf die Schulzustände in den einzelnen Provinzen.

In der Provinz Ostpreußen hat der Reg.-Bez. Königsberg allein 65 stark überfüllte Schulen, der Reg.-Bez. Gumbinnen desgleichen 42, darunter 4 mit je 2 Lehrern. Von diesen zweiklassigen Schulen hatte diejenige der Kolonie Bismard 280 Schüler; von den 38 einklassigen Schulen mit mehr als 120 Kindern haben die zu Rogahlen 151, die zu Tarnowitz 188 Schüler. In 24 Schulen des Reg.-Bez. Gumbinnen war es nicht möglich, alle schulpflichtigen Kinder aufzunehmen, 429 mußten zurückgewiesen werden; in 2 Schulen, Bismard-Kolonie und Szillen, wurden 60 Kinder zurückgewiesen.

In der Provinz Westpreußen sieht es nicht besser aus, auch hier giebt es mehr als 200 „stark überfüllte Schulen“, die hunderte von Kindern nicht aufnehmen konnten.

Fast noch schlimmer stehen die Schulverhältnisse in einzelnen Regierungsbezirken der Provinz Brandenburg! Im Reg.-Bez. Potsdam sind 41, im Reg.-Bez. Frankfurt a. O. 246 stark überfüllte Schulen von denen einige 180 bis 200 Kinder haben; „ebenda entbehren 22700 Schüler eines geordneten Unterrichts.“³⁾ — In Posen haben wir dasselbe Bild: 435 Schulen mit mehr als 120 Kindern in jeder Klasse. „Wir sehen hier 55 Schulen, in denen 85 Lehrer ihre Kraft an kaum lösbaren Aufgaben erschöpfen und unter deren Zuständen 13 994 Kinder leiden.“⁴⁾ — Schlesien überdietet an Grauenhaftigkeit seiner Schulverhältnisse noch die vorhergehenden Provinzen.

Zur näheren Charakteristik mögen einige Beispiele aus dem Kreise Waldenburg, Reg.-Bez. Breslau, genügen. Dieser hatte nach der Volkszählung von 1880 eine Einwohnerzahl von 112 358 Seelen. Darunter befanden sich 5785 volksschulpflichtige Kinder, die in 12 Schulen von 43 Lehrern unterrichtet wurden. Ein Lehrer soll also durchschnittlich 134 Kinder unterrichten! — „Noch ungünstiger als der Breslauer steht der Reg.-Bez. Liegnitz. Stände er diesem gleich, so würde er bei seinen 2020 Lehrern etwa 240 überfüllte Schulen haben, so hat er aber deren 282.“⁴⁾

¹⁾ Das gesammte Volksschulwesen im preussischen Staate im Jahre 1886. Berlin 1889.

²⁾ „Denkschrift“ S. 41.

³⁾ „Denkschrift“ S. 42.

⁴⁾ „Denkschrift“ S. 45.

„Besser als in Schlesien steht es in der Provinz Sachsen, wenn auch noch nicht gut.“ Der Reg.-Bez. Magdeburg hat 60, der Reg.-Bez. Merseburg 180, der Reg.-Bez. Erfurt 66 stark überfüllte Schulen. — In Schleswig-Holstein sind die Frequenzverhältnisse am günstigsten in der ganzen Monarchie, trotzdem die Provinz 336 Schulen mit 593 überfüllten Klassen hat. — Schlechter sieht es dagegen wieder in der Provinz Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau aus. — Im Reg.-Bez. Düsseldorf (Rheinprovinz) wurden allein von 37 Schulen 1014 Kinder zurückgewiesen und blieben ohne jeglichen Unterricht.

Fabrikinspektion in Preußen.

Die „Jahresberichte der königlich preussischen Gewerbeämter nebst den Berichten der Bergbehörden über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf den Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten Preußens während des Jahres 1888“ sind im Druck vollständig hergestellt und werden in aller nächster Zeit im Buchhandel erscheinen.

Wie schon gemeldet wurde, sind gemäß den oft ausgesprochenen Wünschen diesmal die Berichte wieder, nach den einzelnen Aufwandsbezirken geordnet, im Wortlaut mitgeteilt.

Insbesondere sind auf Grund des § 139b der Gewerbeordnung für das Reich in Preußen während des Jahres 1888 in 18 Aufwandsbezirken 27 Beamte thätig gewesen.

Den Berichten der Gewerbeämter schließen sich, wie der Titel des Werkes bereits andeutet, Mitteilungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf den Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten während des Jahres 1888 nach den Oberbergamtsbezirken geordnet an.

Den Schluss des Werkes bilden statistische Uebersichten über die Zahl der Fabriken, welche jugendliche Arbeiter beschäftigen, über die Anzahl der in Fabriken beschäftigten jungen Leute von 14—16 Jahren, der Kinder von 12—14 Jahren und der in Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter im Alter von 12—16 Jahren zusammen. Die Zahlen für das Jahr 1888 sind dabei in Parallele mit denen des Jahres 1886 gestellt.

Eine Offenheit.

Der Londoner Korrespondent der freikonservativen „Post“ plaudert in seinen Betrachtungen über den Dockarbeiterstreik etwas unvorsichtig aus der kapitalistischen Schule. Nach ihm wäre ein „rasches Drausschlagen, etwa der Polizei“ leicht möglich und „die Vertreter des Großkapitals“ erwiesen sich um so hartnäckiger,

„als für sie nur in dem Untersiegen der Arbeiter oder einer gewaltsamen Niederschlagung sozialen Aufstrebens die Möglichkeit liegt, für die Zukunft die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit aufs neue zu sichern.“ (Post 4. September.)

Es wäre schade, wenn diese charakteristische Offenherzigkeit den deutschen Arbeitern verborgen bliebe und wir wollen sie ihnen darum nicht vorenthalten.

Gewerkschaftliches, Vereine.

Streik in den Vereinigten Staaten. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres fanden in den Vereinigten Staaten 349 Arbeitseinstellungen statt, bei denen 93 258 Arbeiter beteiligt waren. In der ersten Hälfte von 1888 betrug die Zahl 436 und 170 432, im selben Zeitabschnitt 1887 554 und 222 023. Allem Anschein nach wird die zweite Hälfte des laufenden Jahres mit größeren Zahlen aufwarten, da dieselbe gleich mit dem großen Streik der Eisenarbeiter in Pittsburg begann, dem jetzt der ebenso umfangreiche Streik der Cokearbeiter in Pennsylvania folgte, und es zudem aussieht, als ob ein frischer Geist unter dem arbeitenden Volke zu keimen beginnt, der sich zunächst in Bestrebungen zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen betätigen wird.

Es wird jetzt alles aufgelöst und verboten. In Sachsen ist dem Dresdener Wahlverein nunmehr der Leipziger (für den 12. und 13. sächs. Wahlkreis) gefolgt. In Leipzig wird ferner den Maurern und Tischlern jede Versammlung verhindert, in Würzen durfte Liebknecht nicht sprechen. In Berlin wurde eine Versammlung der Kartonnarbeiter auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes aufgelöst, weil ein Gast, der nicht Kartonnarbeiter war (Herr Feldmann), in der Diskussion sprechen sollte, eine öffentliche Volksversammlung, in der Werner über Genossenschaftsbäckereien referieren wollte, wurde verboten. — Das gleiche Schicksal traf endlich auch die bayerische Landesversammlung in Nürnberg.

Der Berliner Feilenhauer- und Feilen Schleiferstreik dauert fort. Bureau bei Jakob, Lindowstraße 26.

Die Berliner Vergolder (Versilberbranche) treten nächsten Montag definitiv in den Streik ein. Adresse: W. Schrenck, Albalstraße 31.

Achtung! Möbelpolierer! Sonntag, den 8. September, Vormittags 10 Uhr große öffentliche Versammlung sämtlicher Möbelpolierer Berlins und der Umgegend. Alles Nähere an den Säulen.

Briefkasten.

London. Brief Mittwoch früh kurz vor 10 Uhr erhalten. Manuskript Donnerstag Mittags 9 Uhr.

Vitalis. Leider ist uns Ihre Adresse nicht bekannt und an die Veröffentlichung mochten wir nicht gehen, weil wir die eine Bedingung (Aufnahme in die Arbeiterbibliothek) nicht erfüllen können.

Abonnent. Beiträge, die nicht über 5 Mark hinausgehen, sind uns stets auch in Briefmarken willkommen.

Freund in Halle. Wer soll diese Art von Hektographie lesen? Denken Sie doch an die armen Seher. Gruß!

Tischlerkaffe. Annonce erst Freitag Mittag erhalten. Zu spät.

Sprechstunde der Redaktion: täglich früh von 8—9 Uhr, sowie Donnerstag Nachmittag von 6—8 Uhr und Freitag von 12—2 Uhr.

Fachverein der Tapezierer.

Montag, den 9. Sept., Abends 8 Uhr,

in Feuerzeugs Salon, Alte Jakobstr. 75

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag und Diskussion über „Darwin's Lehre von der Abstammung des Menschen.“

Referent: Herr Bölsche.

2. Gewerkschaftliches.

3. Abrechnung vom Sommerfest.

4. Vereinsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen erlucht

Der Vorstand.

Verein zur Erzielung volksthümlicher Wahlen im Osten Berlins.

Donnerstag, den 12. September, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Königsbau“, Große Frankfurterstr. 117.

Große Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir uns zu den nächsten Stadtverordnetenwahlen?

Referent: F. Tuhauer, Korreferent: W. Werner.

2. Diskussion.

3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen d. Schuhmacher und verw. Berufsgenossen.

Montag, den 9. Sept., Abends 8 1/2 Uhr,

in Sahar's Klubhaus, Annenstr. 16.

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Julius Türl über: „Die wirtschaftlichen Umwälzungen der französischen Revolution.“

2. Verschiedenes und Fragelasten.

Der Vorstand.

Von der Reise zurückgekehrt

Dr. Arendt, Potsdamerstr. 65.

Aus dem Leben.

Er besaß keinen Cent.
Und sie ebenso wenig.
Aber er war ein geschickter Arbeiter, hatte eine „feste Stellung“ gefunden und verdiente nun täglich zwei Dollars.
Das ist heute ein „ganz schöner“ Lohn, auch für einen geschickten Arbeiter. Es giebt qualifizierte geistige Arbeiter, die mit weniger fürlieb nehmen müssen.
Mit zwei Dollars täglich, so dachte er, können wir wohl auskommen, und so drang er also auf Trauung.
Sie aber zögerte. Heirathen? Ja, das ist ganz schön; aber einen Hausen Kinder zu haben und mit diesem Mangel zu leiden, wenn einmal eine Unterbrechung im Erwerb eintreten würde — der Gedanke machte sie zittern. Sie hatte in der eigenen Familie genug Erfahrung darin gemacht.
Sie sagte das ihrem Geliebten, dem sie herzlich zugehen war, nicht, da sie ihm nicht wehe thun wollte. Aber sie stellte ihm alle sonstigen Gründe vor, welche eine Verschiebung der Hochzeit rechtfertigen sollten. Sie würde in bisheriger Weise mit ihm verkehren, das Heirathen sei gut für reiche Leute, die stets Brod im Schranke haben; wenn der Hunger zur Thüre hereinkäme, flöge die Liebe zum Fenster hinaus.
Sie war ein anständiges Mädchen.
Er aber drang weiter in sie. Er würde fleißig arbeiten, nicht in's Wirthshaus gehen. Er versprach es ihr bei allem, was hoch und heilig ist.
Sie gab dem steten Drängen ihres Geliebten — und ihres eigenen Herzens — schließlich nach; sie wußte, daß er ein braver Bursche war, daß, soweit es von ihnen und nicht von übermächtigen Verhältnissen abhing, ihre Ehe eine glückliche sein werde.
So kam es, daß die beiden heiratheten.
Alles ward einfach, aber sauber eingerichtet; sie legten es verständig an, um sich nicht in Schulden zu stürzen. Ihre Einnahme reichte zum Leben hin, an das sie keine große Ansprüche machten; sie konnten sogar noch etwas zurücklegen für Doktor und Apotheker im Falle der Krankheit.
Er hatte nicht gelogen; er hielt viel von seiner Frau und zeigte das durch seine Thaten. Nie spielte er und brachte seinen Lohn stets unverkürzt nach Hause.
Sie begann zu glauben, daß die Ehe auch nicht schlimm für die Armen sei. Sie war glücklich und zufrieden und zeigte sich als eine thätige und sparsame Hausfrau.
So vergingen drei Jahre.
Eines Tages stand sie an der Wäsche. Ihre Kinder spielten um sie herum; sie belustigten sich damit, Seifenblasen fliegen zu lassen und jauchzten, wenn eine hoch empor stieg und zum Fenster hinaus schwebte.
Da kamen einige Männer an, welche eine Tragbahre trugen, die mit einem schwarzen Laken überdeckt war.
Sie errieth, was geschehen war. Mit einem Schrei stürzte sie zur Erde. Ihre Kinder weinten im Chor und starrten auf die fremden Männer.
Das Jüngste, neugierig wie Kinder sind, hob das Laken auf, um zu sehen, was darunter sei.
Die Mutter hatte sich nicht getäuscht: es war ihr Mann, den man da gebracht, mit zerschmettertem Gehirn. Der Treibriemen einer Maschine, an der er während des Laufens eine Reparatur vornehmen mußte, hatte ihn gepackt und gegen die Decke geschleudert, den augenblicklichen Tod herbeiführend.
So war auf grausame Weise ihrem ganzen Glück ein Ende gemacht.
Nach dem Begräbniß kam ein Herr zu der Wittwe, der ihr Trost zusprach: ihr Mann sei nicht der erste gewesen, dem so etwas passiert sei, solche Dinge passirten häufig und man müsse sich in das „Unvermeidliche“ fügen. Der Fabrikant habe ihren Mann sehr geschätzt, wolle auch die Begräbniskosten bezahlen, ja, seiner Wittwe außerdem hundert Dollars schenken. Er zog ein Papier aus der Brusttasche und erklärte, daß er ihr das Geld auszahlen würde, daß sie den Empfang aber unter der Schrift quittieren müsse.
Sie war dankbar für all diese Güte und unterzeichnete; sie würde in diesem Augenblick alles unterzeichnet haben, und wenn es ihr Todesurtheil gewesen wäre.
Was hatte sie unterschrieben? Sie wußte es nicht. Was sie aber wußte, das war, daß sie nun in der Lage war, vor der Hand für die Kinder in alter Weise sorgen zu können. Das weitere würde sich ja finden.
Der Herr steckte das Papier wieder ein und verabschiedete sich mit dem freundlichsten Grinsen, dessen ein Agent — ein solcher war es — fähig ist. Er dachte, das hätte dem Fabrikanten ein theurer Prozeß werden können, wenn die Frau eine Schadenersatzklage eingereicht hätte. Unter 5000 Dollars wäre er nicht weggekommen. Nun war alles in Ordnung. Die Frau war zufrieden, der Fabrikant hatte nur hundert Dollars für einen Todten — was nicht theuer ist — und die Hälfte für die Bemühungen des Agenten zu zahlen, und somit war alles in Ordnung.
Als der Fall in den Zeitungen bekannt gemacht und hinzugefügt wurde, wie nobel sich der Fabrikant der Wittwe gegenüber benommen, da war man über letzteren des Lobes voll. Da konnte man Abends in den „anständigen“ Kneipen, in denen die Wohlthätigsten verkehrten, hören: „Da siehst

man, wie die Arbeitgeber sich um das Wohl ihrer Arbeiter bekümmern; diese praktische Nächstenliebe ist doch ganz anders, als die Aufbegehren der professionellen Unruhestifter glauben machen wollen.“
Ueber ein Jahr war vergangen. Die Wittwe hatte mit dem Gelde sorgsam gewirthschaftet, auch durch gelegentliche Arbeiten — soweit sie durch die Sorge für die Kinder nicht behelligt wurde — etwas verdient. Aber diese Gelegenheiten waren selten, auch war sie kränklich geworden, so daß, als das erhaltene Geld verbraucht war, der Mangel sehr bald an die Thüre klopfte. Aus dem kleinen Raum, den sie nach dem Tode ihres Mannes bezogen, verschwand ein „Berthstüd“ nach dem anderen, um zum Trödler zu wandern. Schließlich war nichts mehr übrig als ein paar Matten und einige armselige Haushaltungsgüter, wofür niemand etwas gegeben hätte.
Nach dem Mangel stellte das Elend sich ein.
Es war so kalt in der elenden Kammer.
Eng aneinander geschmiegt lagen die Kinder unter der alten, durchlöchernten Decke. Die Mutter stand verzweiflungsvoll an ihrem traurigen Lager. Sollte eine Mutter ihre Kinder leiden lassen? Könnte sie es ertragen, wie sie langsam vor Mangel verkommen? Im bitteren Schmerz preßte sie die gefalteten Hände gegen die kalte, feuchte Mauer.
Und es kam ihr der Gedanke — kann man es Gedanke nennen? — dem ein Ende zu machen, die Kleinen vor diesem elenden Dasein durch den Tod zu retten und dann sich selbst auf dem Stufenpflaster zu zerschmettern. War doch keine Hoffnung auf Rettung vorhanden!
Unter dem starren Blick der Mutter erwachten die Kinder, schmiegt sich an die zu ihnen auf's Lager sinkende und lieblosen sie.
Da brach sich ein Thränenstrom Bahn — sie konnte die schreckliche That nicht ausführen!
Sie ließ die Kinder sich wieder hinlegen, warf ihr altes Tuch um und ging fort. Nach einer Viertelstunde war sie wieder da. Sie trug ein großes Brod, nicht unter dem Arm, sondern mit beiden Händen gegen die Brust gedrückt, als wäre es ein werthvoller Gegenstand.
Sie vertheilte dasselbe mit fieberhafter Eile unter die hungrigen Kinder.
Sie selbst ist nichts, sie hat keinen Hunger, sie wird später schon etwas essen. Sie sieht nur zu, wie es den Kindern schmeckt. Wie ist sie froh!
Aber die Freude dauert nicht lange. Ein Mann tritt in's Zimmer, der sich als Geheimpolizist zu erkennen giebt.
Als sie den Bäderladen verlassen, ohne das entnommene Brod zu bezahlen, hatte ihr der Bäder den Burschen nachgeschickt und dieser an der nächsten Ecke den dort stationirten Beamten verständigt. Dieser war ihr gefolgt und bedeutete sie, daß sie ihm zum Revierhause zu folgen habe. Die Kinder würden wohl schon am nächsten Tage in einer Anstalt untergebracht werden, tröstete er.
Die arme Frau läßt den Kopf auf die Brust sinken. Dann bittet sie, ihr zu gestatten, sich ein warmes Tuch umzuhängen. Der Beamte hat nichts dagegen und sie entfernt sich durch eine am anderen Ende des Zimmers befindliche Thür. Aber diese führt nicht in ein anderes Gemach, sondern auf den Gang, von dem eine Thür zur Feuerleiter geht.
Als dem Beamten die Rückkehr etwas lange währte, ging er der Frau nach.
Das arme Weib lag zerschmettert im Hofe.
Die vier Kinder kamen richtig in eine Anstalt.
Am selben Abend fand eine Versammlung statt, in der einige weise Männer dem anwesenden wohlthätigen Publikum darlegten, daß die Schilderungen gewissenloser Demagogen über die bestehende Armuth aus der Luft gegriffen seien. Wenn es Leute gäbe, die Mangel litten, so sei dies ihre eigene Schuld. Sie sollten arbeiten, wie sie auch.
Und die Versammelten gingen in sehr befriedigter Stimmung nach Hause.
Benoit Malon. *)
Aus dem Leben eines Proletarierführers.
II.
c-n. Seine Kenntnisse, seine Charakterfestigkeit verschafften Malon bald einen großen Einfluß über seine Kameraden, und als 1865 ein großer Streik ausbrach, ward er zum Führer desselben ernannt.
Er erledigte sich seiner Aufgabe so gut, daß er bereits im folgenden Jahre abermals mit der Leitung eines neuen Streiks betraut ward.
Bald darauf machte er die ersten journalistischen Versuche in Gestalt von „Arbeiterkorrespondenzen“ an die „Mutualité“ und den „Courrier français“.
Zur selben Zeit auch trat er mit der Internationale in Beziehung und ward durch Tolain, den späteren Fahnenflüchtigen, in die Pariser Sektion aufgenommen.
Malon legte damals noch übergroßes Gewicht auf

die Gründung von Kooperativen (Genossenschaften) und trat mit voller Kraft für dieselben ein. In Puteaux, Juresnes, Combevoi, Clidy, Roubaix trieb er eifrige Propaganda unter dem Fabrikproletariat, suchte es zu organisieren, zur Gründung von Genossenschaften heranzuziehen und für die Internationale zu gewinnen. In Puteaux gründete er den Arbeiterkonsumverein „la Revendication“ (die Forderung), welche 1800 Mitglieder zählt und noch heute zu den blühendsten Anstalten dieser Art von ganz Frankreich gehört. Die Gründung von Kooperationen ging meist mit der revolutionären Propaganda Hand in Hand und Malon rekrutirte aus der Mitgliedschaft ersterer neue Anhänger für die Internationale, die er in Sektionen organisirte, wie außer in den genannten Orten in Lille, Anboise, Baitrelos, Pontoir, St. Ouen l'Aumône, Saint-Etienne, Battignolles u.
Natürlich blieben ihm bei einer solchen Thätigkeit von Seiten der Arbeitsherren weder Scheerereien aller Art noch Entlassung erspart, er war gezwungen, öfters den Namen zu wechseln und blieb nur soviel Zeit an einem Ort, als zur Gründung einer neuen Gruppe nöthig war.
Neben und außer Paris war Malon vielleicht damals einer der thätigsten französischen Apostel für die „internationale Association der Arbeiter“, deren ersten Kongreß er als Delegirter bewohnte.
Die Polizei hatte selbstredend schon lange ihr Auge auf ihn und infolge einer Denunziation ward er in den zweiten Prozeß der Internationale verwickelt. Er redigirte die Kollektivvertheidigung der Angeklagten und ward mit der gesammten Kommission zusammen zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.
Die Zeit seiner Haft nutzte er zu weiteren Studien aus und ging, sobald die Strafe verbißt, mit verdoppeltem Eifer an das Werk der Propaganda, überall, wohin er kam, neue Sektionen der Internationale organisirend. Mit den Blanquisten hielt er Fühlung und beteiligte sich an den meisten republikanischen und revolutionären Kundgebungen, welche diese in den letzten Jahren des Empire's in Scene setzten.
Hand in Hand mit den Organisationsbestrebungen und der mündlichen Propaganda ging eine fleißige Mitarbeiterschaft an der damaligen Arbeiter- und revolutionären Presse. In der „Mutualité“ von Vincard, der „Coopération“ von Devaud, dem „Courrier français“ von Vermorel, der „Egalité“ der Genfer Sozialisten, welche damals von Bakunin geleitet wurden, in der „Internationale“ von Caesar de Raeppe vertrat Malon revolutionäre und sozialistische Anschauungen, welche allerdings noch vielfach verworren und ungeläutert waren.
Seine Thätigkeit hatte während all dieser Jahre verschiedene Pausen in Folge von Verurtheilungen zu Gefängniß erfahren.
1869 trat er in die Redaktion der von Rochefort und Molière geleiteten „Marseillaise“ ein und war der Berichterstatter des Blattes im Kreuzot, als daselbst im Januar 1870 der große Streik ausbrach. Malon hatte diesen Ausstand, sowie den darauf folgenden zu Fourchambault nicht verursacht, allein als dieselben ausgebrochen waren, gehörte er zu ihren vorzüglichsten Organisatoren. Er nutzte die Zeit zu einer trefflich geführten und erfolgreichen Agitationskampagne aus und gründete in Chälou, Autun, Dijon u. c. fast unter den Augen der Polizei und fortwährend von Spähern gehezt mehr als 20 neue Sektionen der Internationale.
Kaum war er im April 1870 nach Paris zurückgekehrt, so ward er auch schon verhaftet, nach Mazas geworfen und im strengsten Gewahrsam gehalten, um in den vierten Prozeß der Internationale verwickelt zu werden. Im Juli zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt, wurde er mit gegen sechzig politischen „Verbrechern“ (Anhängern der Internationale und Blanquisten) in das Zuchthaus von Beauvais übergeführt, aus dem er mit seinen Schicksalsgefährten am 5. September durch den Sturz des Kaiserreichs befreit ward.
Kaum hatten sich für Malon die Kerkerthore geöffnet, so eilte er nach Paris zurück und trat in das 91. Bataillon der Nationalgarde ein, welches ihn sofort zu seinem Vertreter erwählte. Konnten sich schon bloße aufrichtige demokratische Republikaner nicht mit den Männern des 4. September und ihrer blauen Republik einverstanden erklären, so noch weit weniger ein Mann vom Schlage und der Gesinnung Malon's. Der Kaiser war gestürzt, aber der Despotismus einer Klasse war geblieben und forderte zur Opposition heraus, die auch nicht auf sich warten ließ.
Malon gehörte zu denen, welche der provisorischen Regierung, der sogenannten Nationalvertheidigung, von Anfang an Mißtrauen und entschiedenen Widerstand entgegenbrachten, welche durch ihre agitatorische Thätigkeit eine revolutionäre Kommune vorbereiteten, in der internationale und sozialistische Momente enthalten waren. Sein unermüdeliches Wirken, seine Erfahrung und Begabung in Sachen der Agitation und Organisation, das Ansehen, welches er unter den Arbeitermassen der Faubourgs erlangt hatte, ließen ihn durch Akklamation zum Mitglied des Zentralkomitee's der zwanzig Arrondissements ernennen.
An dem Aufstande des 31. Oktober, welcher die Kapitulation von Paris (die anlässlich der Nachricht der

*) Sprich: bönoa malong.

Uebergabe von Metz befürchtet ward) verhindern und die revolutionäre Kommune anbahnen sollte, nahm Malon nebst seinem Bataillon thätigen Antheil und zeichnete sich durch seine Energie aus.

Bald darauf ward er zum Beisitzer des Maire vom 17. Arrondissement erwählt, und organisierte in dieser Eigenschaft die Armenpflege und das Unterstützungswesen des Bezirks in geradezu musterwürdiger Weise, was unter den herrschenden Umständen schwierig genug war.

Malon betheiligte sich auch an dem zweiten verzweifelten Versuch der Faubourgs, die Kommune zu gründen, vom 22. Januar 1871. Die Folge davon war, daß die Regierung einen Haftbefehl gegen ihn erließ und die Zahl der Späher und Häfcher, welche sich an die Fersen des jungen Agitators und Insurgenten hesteten, verdoppelte.

Die Wahlen zur Nationalversammlung von Bordeaux geboten jedoch bald weiteren öffentlichen Verfolgungen halt, denn Malon ward am 8. Februar mit mehr als 118 000 Stimmen, als fünfzehnter auf dreihundvierzig zum Vertreter von Paris erwählt. Nicht ganz einen Monat später (3. März) gab er seine Entlassung, um gegen die Abtretung von Elsaß-Lothringen und die reaktionären Bestrebungen der Regierung zu protestiren, welche immer nackter zu Tage traten.

Am Morgen des ereignißschweren 18. März nach Paris zurückgekehrt, ward er von beiden Regierungen — der sogenannten aufständischen der Kommune und der Versailler — zum Maire von Batignolles ernannt. Er erklärte sich in den ersten Tagen noch nicht rückhaltslos für die Kommune, sondern suchte eine vermittelnde Rolle zwischen ihr und der Regierung zu spielen, nicht etwa aus Rücksicht auf letztere, sondern nur aus Gewissenhaftigkeit der ersteren gegenüber. Ihm schien eine Niederlage infolge der Rückständigkeit der Provinzialbevölkerung unvermeidlich, und mit Recht fürchtete er, daß unter solchen Umständen auf jede Aktion eine noch stärkere Reaktion folgen würde. Als jedoch Jules Favre am 21. Februar seine berühmte Rede gehalten, kannte Malon kein Zögern mehr und schloß sich ganz und offen an die Kommune an, um so mehr, da immer deutlicher zu erkennen war, daß dieselbe mit dem Fortbestand und der Erhaltung der Republik gleichbedeutend sei. Er lehnte zwar alle weiteren Ämter ab, da er sich ausschließlich seinen Pflichten als Maire von Batignolles widmen wollte, ward aber trotzdem am 26. März zum Mitglied der Kommune erwählt.

Hier wie da seine Aufgabe voll und ganz erfüllend, entwickelte er gleichzeitig in Kommissionen, Komitees, Klubs und Versammlungen eine fieberhaft rege Thätigkeit und machte sich durch seine energische und klug befonnene Haltung bemerklich. Dieselbe brachte ihn verschiedene Male in Gegensatz zu den in der Kommune vertretenen jakobinistischen Elementen, denen gegenüber er, wenn auch noch verschwommen und unklar, das moderne zielbewußte Proletariat vertrat.

Als die Kommune ihrem unvermeidlichen Geschick erlag, kämpfte Malon bis zu den letzten Minuten auf der Barricade und verließ seinen Posten erst, als jeder weitere Versuch, denselben zu halten, unmöglich geworden. Körperlich bis zum äußersten ermattet, seelisch bis zum Tode betrübt, da, wo alles verloren schien, gleichgiltig gegen das eigene Ich, irrte Malon ohne Rücksicht auf die persönliche Sicherheit mitten durch die pulvergeschwärmten, massakrirenden Versailler Truppen, die seinen Freund, den edlen Barlin, gefordert hatten. Wahrscheinlich verdankt er es gerade dieser absoluten Gleichgiltigkeit, die ihm ein kaltblütiges sicheres Auftreten verlieh, daß er nicht erkannt und, wie befohlen, füsiliert ward. Von der Mutter eines Waffengefährten für die Nacht ausgenommen, ward er aus Furcht vor einer etwaigen Denunziation und Haus-suchung bereits am nächsten Tage so gut wie auf die Straße geworfen. Der Tod schien ihn nicht zu wollen, denn abermals entging er der mordenden Soldateska und fand nach allerhand Kreuz- und Quermärschen durch die im Blute schwimmende Stadt im Hause eines alternden berühmten Bildhauers Aufnahme, welcher ihn mit folgenden Worten empfing: „Wer Sie auch sind, Sie sind hier willkommen, denn Sie sind ein Opfer des Ungeheuers, das heute auf den Ruinen von Paris triumphirt, und das die Menschheit schändet.“

Sechs Wochen lang hielt sich der Geächtete in dem stillen Asyl auf, gelangte dann mit Hilfe des Passes und — des Geldbeitrags des Sohnes seiner Gastfreunde über die Grenze, und „grüßte und betrat endlich einen freien Boden.“ Er ließ sich zunächst in Genf nieder und erwarb seinen Lebensunterhalt als Korbflechter, Typograph und Lastträger.

Wie nach seiner Ankunft in Paris so widmete er auch jetzt wieder den größten Theil seiner Nächte einem eifrigen Studium, das er während der großen Kämpfe der letzten Zeit gezwungener Weise vernachlässigt hatte. Die Zeit seines Exils stellt Malon's wahre Studienzeit dar, und sie war es besonders, welche ihn in den Stand setzte, für die Ideen, welche er mit der Flinte verteidigt hatte, auch mit der Feder erfolgreich einzutreten. In den Studien, welche er damals betrieb, nahmen die ökonomischen Werke und die Schriften der Utopisten und Sozialisten einen breiten Raum ein. Adam Smith, Mc Culloch, Malthus, Ricardo, Bastiat, Garnier, Saint-Simon, Fourier, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, Pecqueur, Vidal, Owen, Mill, Lassalle, Karl Marx wurden eifrig durchstudirt.

Hand in Hand mit der Aneignung einer tieferen Ausbildung ging eine energische Propaganda in Wort und Schrift; Malon arbeitete an verschiedenen sozialistischen Zeitungen in französischer und italienischer Sprache mit — er war von der Schweiz nach Italien übergesiedelt — so

an der „Solidarität“ von Neuchâtel, an der „Plebe“ von Lodi, der „République Républicaine“ von Lyon, dem „Mirabeau“ von Verdiers, dem „Bovero“ von Palermo u. c. Daneben veröffentlichte er eine Reihe von Studien zur Geschichte der sozialistischen Bewegung, die sehr schätzenswerthes Material für eine spätere sichtende und kritisirende Geschichtsforschung bilden, wie „die dritte Niederlage des französischen Proletariats“, ferner eine „Darlegung der französischen sozialistischen Schulen“ und „die Internationale, ihre Geschichte und Prinzipien“, ferner Agitationsbroschüren wie „Spartacus“, „der Sozialismus, die Religion, die Familie und das Eigenthum“, eine kritische Geschichte der Nationalökonomie, „Geschichte des Sozialismus“, Uebersetzungen von Lassalle's „Kapital und Arbeit“, von Schaeffle's „Quintessenz des Sozialismus“ u. c. Mit Caesar de Paeppe zusammen rief er zur gleichen Zeit die Revue „der progressive Sozialismus“ ins Leben, und mit Höchberg zusammen gründete er die „Sozialistische Revue“, welche nach einem Jahre wieder einging.

Die Aufzählung seiner Schriften, die Nennung der Zeitungen allein, an denen Malon mitarbeitete, geben einen Begriff von der unermüdblichen Thätigkeit, der Arbeitsfähigkeit des Mannes.

Die Sünden der Presse.

III.

B. W. Dasjenige Ziel, welches alle öffentlichen Bestrebungen leiten sollte, ist das Gemeinwohl, Auf die allgemeine Wohlfahrt sollten also auch die Tendenzen der Presse gerichtet sein. Mächten die Mittel, welche von den verschiedenen Zeitungen empfohlen werden, immerhin verschieden sein, gemäß der verschiedenen Einsicht und Erfahrung der Menschen; wenn nur die Parteien ehrlich bestrebt wären, der Allgemeinheit zu dienen!

Wie verhält sich nun dieser sittlichen Forderung gegenüber die herrschende Presse? — Sie ist im allgemeinen so weit entfernt, im Dienste der Moral zu stehen, daß sie sogar dem gemeinsten Eigennutze fröhnt. Wer allerdings die salbungsvollen Redensarten und klangvollen Schlagworte ihrer Leitartikel für den Ausdruck der Ehrlichkeit hält, glaubt nicht nur die Geistvollsten, sondern auch die Edelsten der Nation zu hören. Schlimm genug! Besser wär's, der Egoismus der Zeitungsleiter und ihrer Parteien träte unverhüllt zu Tage. Das würde den Kampf der entgegenstehenden Interessen anfeuern und somit die Entwicklung der Gesellschaft beschleunigen.

Daß die politischen Bestrebungen der Zeitungen nicht gemeinnützig, sondern partikularistisch zu sein pflegen, geht daraus hervor, daß die politischen Färbungen der Presse zusammenfallen mit den Färbungen im Parlamente. Die parlamentarischen Parteien aber sind Interessensparteien. Das beweisen die Verathungen und Abstimmungen über wichtige Gesetze. Mit seltener Einmüthigkeit stimmen da die einzelnen Parteien so, wie es das Interesse ihrer Wähler oder richtiger der Wahlmacher verlangt. Als es sich z. B. darum handelte, durch Kornzölle die Einnahmen der Regierung und zugleich der Großgrundbesitzer zu erhöhen, da agitirten die Konservativen mit Energie für den Zoll, weil eben der Großgrundbesitz die Hauptmacht der konservativen Partei ist. Und als über die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit berathen wurde, da zeterte der „Deutschfreisinn“ gegen einen derartigen Arbeiterschutz; natürlich! denn die ausschlaggebende Macht dieser Partei sind die Großhändler und Großindustriellen, welche gegen alles zern, was die manchesterliche, d. h. rückwärtslose Freiheit der Arbeiterausbeutung einschränkt. Wenn die Nationalliberalen über den fraglichen Gegenstand getheilte Meinung waren, so geschah dies eben, weil die Interessen der nationalliberalen Fabrikanten getheilt waren. So trat auch der Elberfelder Abg. Schmidt für Einschränkung der Kinderarbeit ein, weil, wie er selbst gestand, in seinem Wahlkreis die Kinderarbeit ziemlich gering ist, während die bösen Konkurrenten der Elberfelder Fabrikanten in Sachsen stark mit billiger Kinderarbeit wirtschafteten.

Unsere Behauptung, sämtliche politischen Parteien seien Vertreter von Ständes- und Klasseninteressen, gilt in gewisser Beziehung auch von der sozialdemokratischen Partei. Diese Partei wendet sich gegen die Kapitalistenklasse und die mit derselben verbündeten Volksschichten und tritt für die Wohlfahrt des Proletariats ein. Während aber die bürgerlichen Parteien bei Verfolgung ihrer Interessen gegen die Volksmehrheit der Gegenwart und der Zukunft sündigen, fallen die sozialdemokratischen Bestrebungen mit den Tendenzen der wissenschaftlichen Moral (wie dies der sogenannte Utilitarismus d. h. die Moral der allgemeinen Wohlfahrt ist) zusammen. Die Sozialdemokratie wendet sich eben nur gegen unberechtigte Klasseninteressen, z. B. gegen die Ausbeutung der Arbeit, und tritt ein für die berechtigten Interessen des Proletariats, deren Befriedigung eine Verbesserung und Beglückung der Menschheit bedeutet.

Daß die Zeitungen im allgemeinen Interessenpolitik treiben, ergibt sich aus ihrem Endzweck. Die Zeitungen werden gegründet, um Geld zu machen. Recht viel Abonnenten und besonders Inserenten! Das ist die Lösung der Verleger und Redakteure. Durch Vorberechnung oder tastende Versuche finden die Männer der Presse eine Bevölkerungsschicht, deren Interessen ihr Blatt vertreten kann. Ist der Abonnenten- und Inserentenstamm gefunden, so wird das Blatt durch diefen geleitet. Mit Recht läßt Ibsen in seinem Drama „Ein Volksfeind“ einen Redakteur sagen: Die eigentlichen Leiter eines Blattes sind die Abonnenten.

Zu den schwersten Sünden der Presse gehören die Sünden wider die Ueberzeugung: Bestechlichkeit und

feige Nachgiebigkeit. Der Journalismus hat eine starke Verwandtschaft mit der Prostitution. Wie nämlich die prostituirten Weiber ihre Liebe für Geld verkaufen, so verkaufen zahlreiche Männer der Presse ihre Ueberzeugung, d. h. schreiben mit dem erheuchelten Ton der Ueberzeugung für eine Sache, der sie innerlich nicht angehören. Die Federhelden dieser Sorte gleichen auch den mittelalterlichen Landsknechten, welche für denjenigen Herrn kämpften, der sie besoldete, ohne viel zu fragen, ob dessen Sache gerecht sei. Welches ist nun die Ursache der journalistischen Prostitution? Die gleiche, wie die der erotischen: Noth. Die Ueberfüllung der sogenannten geistigen Berufe hat ein Proletariat geschaffen, dessen Angehörige großentheils froh sind, wenn sie als Redakteure oder Schriftsteller bei irgend einem Blatte, gleichviel von welcher politischen Färbung, ihr Brod finden, und welche alsdann den Grundsatz befolgen: „Wes' Brod ich ess', des' Lied ich sing“.

Nicht minder, als die Journalisten, vielfach sogar größer, sündigen die Verleger wider die Ueberzeugung. Ihre Geldgier verführt sie oft dazu, die Tendenz ihrer Zeitungen zu verkaufen. Es ist geschichtlich, daß ein großer Theil der französischen Zeitungen sowie auch ein kleiner Theil deutscher Blätter im Jahre 1870 im Solde Napoleons III. stand. Und genug Anzeichen sind dafür vorhanden, daß die Presse der Gegenwart die der Vergangenheit an diesbezüglicher Korruption noch übertrifft. In Zeiten, wo die Demokratie unfähig ist, die Freiheit der Presse zu behaupten, wuchert die Bestechlichkeit aus Furcht vor Unterdrückung des Blattes. Ein klägliches Beispiel dieses journalistischen Servilismus, der von Geldliebe gezeugten Verlegerfeigheit, ist von Lassalle der Geschichte übergeben worden: In Preußen war unter dem Regiment Hinkeldey die Angst vor polizeilicher Unterdrückung der Zeitungen so groß, daß von einzelnen Verlegern Spiegel gehalten wurden, um zu erforschen, ob von „Oben“ der Wind mehr oder weniger schneidig wehe, und wie weit die Demokratie in Leitartikeln gehen dürfe.

Nicht bloß die geistige Haltung der Presse dem Publikum gegenüber, sondern auch die geschäftliche Haltung den Prekarbeitern gegenüber verdient unsere Kritik. Daß die Handproletarier von dem Preßkapital ebenso ausgebeutet werden, wie überhaupt von dem Kapital, ist eine unseren Lesern selbstverständliche Thatsache. Minder bekannt ist es aber, daß die Lage der Journalisten großentheils fast ebenso elend ist, wie die jener Arbeiter. Die Ueberfüllung ihres Standes sorgt dafür, daß die Journalisten ausgebeutet und behandelt werden wie alle andern Proletarier. Oft müssen sie bei Verlegern und Redakteuren geradezu um Beschäftigung betteln, und diese Herren fühlen sich dann so recht als Arbeitgeber, als Brodherren. Vielfach erhalten die Schriftsteller ihren Lohn erst nach langem Drängen und Bitten, zuweilen gar nicht. Das Verlegerkapital aber mästet sich durch solche Drangsalirungen armer Proletarier von der Feder.

Die Entwicklung der Agrarverhältnisse in Deutschland.

Eine sozialpolitische Studie.

II.

Während in den zwei vorher gehenden Jahrhunderten der Expropriationsprozeß mit einer gewissen lauten Auffälligkeit vor sich ging, schritt er im 19. sein sachte einher. Nur die Einführung bestimmter Paragraphen genügte, um ganze Klassen des Bauernstandes dem nimmerfatten Junkerthum aufzuopfern. Die schöne Legende von der Rettung und Wiedergeburt des Bauernstandes durch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung zerfließt vor unseren Augen in ein Nichts, wenn wir uns die Hauptzüge derselben an der Hand des Knapp'schen Werkes über die „Bauernbefreiung“ vor Augen führen.)

Wir wollen hier nicht trübsinnig den Kopf über die systematische Abschachtung der Bauern zur Erde senken, wir wollen auch nicht in den bekannten politischen Waschweiberton verfallen, indem wir für die betrübenden Resultate der preussischen Agrargesetzgebung diese oder jene Männer verantwortlich machen, nein wir bemühen uns nur, die Nothwendigkeit für einen solchen wenig erhebbenden Erfolg der Gesetzgebung nachzuweisen.

Wir haben gesehen, daß selbst der Adel den Bauernschuttedikten Friedrichs II. Trost bot. Es ließ sich eben nicht erfolgreich gegen eine so starke, ökonomisch wohl organisirte Macht wie die des preussischen Adels ankämpfen. Viel weniger wie Friedrich II. vermochten seine Nachfolger den Kampf gegen das Junkerthum zu führen. Gewiß, sie waren unumschränkte absolute Machthaber. Aber gerade der absolute Monarch ist wenig Herr der ausgedehnten, schwerfälligen, bürokratisch-gegliederten Staatsmaschine. Der Monarch ist unumschränkt, aber er hat leider nur fünf Sinne wie der gewöhnliche Sterbliche, er hat nur einen Kopf. Der Unumschränkte kennt also viele Schranken. Seine Kenntniß von den staatlichen Verhältnissen hängt von vielen Ober- und Unterbeamten ab. Und diese sind natürlich in einem Staate, dessen Stärke noch auf einem halb-feudalen Grundbesitze ruht, die Herrn vom Adel und ihre ergebenen bürgerlichen Diener.

Klar fährt uns das Verhältniß zwischen absolutem Monarchen und seinen abligen Beamten die Regierung Friedrich Wilhelms II. vor Augen. Durch gewissenlose Minister und Beamte wurde der preussische Staat durch

*) G. Fr. Knapp, Professor in Straßburg: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter u.“ 1887.

Verflechtung der sächsischen abligen und geistlichen Güter um „wahrhaft ungeheure Summen“ betrogen.¹⁾ Der Graf Hoym beispielsweise ließ sich ein Gut, dessen Werth er auf 40 000 Franken (also noch nicht 11 000 Thaler) angab, schenken. Die offizielle Schätzung desselben betrug 69 500 Thaler. Jedoch auch diese war noch falsch, denn bald verkaufte er dies Gut für 200 000 Thaler. Der Minister v. Bischofswerder ließ sich ebenfalls ein Gut zusprechen, dessen angeblicher Werth nur 18 000 Thaler betrug, das er jedoch bald für 115 000 Thaler verkaufte. Welche Unterschleife bei diesen Güterverschleuderungen gemacht wurden, sieht man schon aus diesen Daten. Der Patriot Hans von Held, dem Barnhagen ein schönes Denkmal in seinen Biographien gesetzt hat, bringt in seinem sogenannten schwarzen Buche genaue Daten darüber herbei. Ueber zwanzig Millionen Thaler wurden nun diese Güter geschätzt, die für ein Butterbrod an Günstlinge der Mätressen und der Minister sinnlos verschleudert wurden.²⁾

Man lernt hieraus die Schranken des unumschränkten Monarchen kennen. Der Adel war in Preußen eben noch übermächtig; keineswegs hatte sich dort eine regierungsfähige Bourgeoisie entwickelt. Die talentvollen Vertreter derselben waren meist nur gehorsame Schreibfische der königlichen Bureaus. Nirgends äußerte sich in Deutschland damals das Bürgerthum als Klasse, verlangte es als Besitzerin dieser oder jener ökonomischen Machtmittel Antheil an der Staatsgewalt.

Und dies wird jedem begreiflich sein, der den durchaus noch kleingewerblichen Charakter der damaligen bürgerlichen Wirtschaftsweise kennt. Diese Bürger waren noch die echten Kleinstädter, wie sie Kopebue so anschaulich in seinem gleichlautenden Lustspiel beschrieben hat.

Sehr klar hat ein deutscher Zeitgenosse der großen französischen Revolution, Brandes, diese Verhältnisse durchschaut. Er schreibt: „In den deutschen Fürstenthümern giebt es noch keinen genügend-jahrreichen, bemittelten dritten Stand, der als Repräsentant des Städtlers und Landmanns die Rolle eines brittischen Unterhauses mit Würde spielen könnte. Eine gewisse Independenz (Unabhängigkeit) von Seiten der Glücksgüter ist dazu nothwendig erforderlich.“ Die gebildeten Männer des dritten Standes leben nach ihm meist „von einer landesherrlichen Befoldung.“ So war nun der Adel die einzig herrschende weil noch ökonomisch stärkste Klasse der damaligen Gesellschaft.

Wir haben diese Klassenverhältnisse hier berühren müssen, um den Gang der preussischen Agrargesetzgebung zu verstehen. Nur dadurch können wir das starke preussische Königthum vor seinen eigenen unbesonnenen sich überstürzenden Freunden schützen und ihm ungerechte Demüthigungen von anderer Seite ersparen, wenn wir die Grenzen seiner Macht hier genau bestimmen. Welche ungerechten Angriffe konnte man gegen das preussische „soziale“ Königthum schleudern, wenn man es für die Agrargesetzgebung verantwortlich machen würde!

Infolge der brutalen Gewaltthaten des Adels befand sich am Anfang des 19. Jahrhunderts ein großer Theil des Bauernstandes in einer wenig beneidenswerthen Lage. Viele Bauern waren um ihren Besitz gebracht worden, vielen bestritt man das Recht an demselben. Man bemühte sich, sie als bloße Pächter der Güter hinzustellen.

Sie waren aber keineswegs bloße Zeitpächter. Der Fortbestand der bäuerlichen Dienste, die vielen feudalen Rechte und Pflichten, die sich noch an die bäuerliche Scholle knüpften, bewiesen deutlich, daß sie dies nicht waren. Die Pflicht des Gutsherrn, auf dieser oder jener Scholle eine bäuerliche Nahrung zu erhalten, zeugte deutlich genug gegen die freie Verfügungsgewalt desselben über den bäuerlichen Besitz. Auf diese eigenthümlichen Eigentumsformen konnte man nicht einfach die römisch-rechtlichen Definitionen vom Eigentum anwenden, man konnte dem Ritter nicht das Recht der freien Verfügung über den bäuerlichen Besitz einräumen.

Diese Bauernklasse mit mehr oder weniger angefochtenen Besitzrechten brauchte nun der Adel, dem sie zu Spann- und Handdiensten verpflichtet war, dringend für die Bewirtschaftung seiner Güter. So lange nicht eine massenhafte freie ländliche Arbeiterklasse vorhanden war, konnte er die Bauern nicht für seine Wirtschaft entbehren. Waren nun große Massen dieser mitunter sehr leistungsfähigen Bauern selbständig gemacht, konnten sie sich auf ihrem eigenen Wirtschaftsgebiet allein ernähren und brauchten sie daher nicht auf dem adlichen Gute zu schwanzen, ja dann verlor der Adel seine unentbehrlichsten Arbeitskräfte.

Hier handelte es sich also im Interesse des herrschenden Adelsstandes um einen möglichst großen Ausschluß leistungsfähiger Bauern von der staatlichen Ablösungs- und Regulirungsgesetzgebung und um die Ausstattung des Adels mit dem freien Verfügungsrechte über die Hufen der Bauern, welche man von der Erhebung zu freien Eigentümern und von der Ablösung der feudalen Lasten ausgeschlossen hatte. Wenn dann der Besitz dieser Bauern durch alle möglichen Erlaubnisse und nicht erlaubten Kunstgriffe beträchtlich vermindert war, so daß der Bauer sich nicht mehr mit und auf demselben ernähren konnte, dann durfte man ihn ja freigegeben, dann ersetzte der eherne Zwang des Hungers den Dienstzwang.

¹⁾ Philippson: „Geschichte des preuß. Staatswesens“, II, 286.
²⁾ Siehe über die sächsischen Verhältnisse die „Vertrauten Briefe“ und „Neue Feuerbrände des Kriegsraths von Köln“ — Barnhagen von Ense: „Hans von Held“ — „Annalen der leidenden Menschheit“ 1801. IX. Heft.

Wir werden nun sehen, daß die Gesetzgebung die Bahnen wirklich einschlug, welche wir vorher als durch die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse nothwendig bedingt nachzuweisen suchten.

Nach der Niederlage von Jena und Auerstädt begriff alle Welt die Nothwendigkeit ländlicher Reformen. Die wirtschaftlich Arbeit in der Form unfreier Zwangsarbeit erwies sich als wenig leistungsfähig, sie mußte durch die sogenannte „freie“ Arbeit ersetzt werden.

Das königliche Edikt vom 9. Oktober 1807 verfügte infolgedessen, daß die Erbunterthänigkeit (eine Art Leibeigenschaft) bis zum 10. Martinitage 1810 überall aufgehoben sein sollte.¹⁾

In bezug auf die Ordnung der ländlichen Eigentumsverhältnisse gab man am 14. Februar 1808 für Preußen, am 27. März 1809 für Schlesien und am 9. Januar 1810 für Pommern und die Marken genauere Instruktionen heraus.²⁾ In diesen opferte die Regierung alle diejenigen Bauernstellen neueren Bestandes auf, welche meist erst die Bauernschutzgesetzgebung in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen hatte³⁾ — in Ostpreußen z. B. die nach 1752, in Westpreußen die nach 1774 entstandenen Stellen. Der Adel konnte diese Bauernhöfe einziehen, wenn er die Besitzer „für das etwa bestehende Besitzrecht“ entschädigte.

Wie mag nun der Wolf das Schaf entschädigen, der wirtschaftlich Stärkere den wirtschaftlich Schwächeren! Und dann, wie schwer mag in jener Zeit wohl der Nachweis eines „amtlich feststehenden“ Besitzrechtes gewesen sein! Außerdem durfte der Adel die älteren Bauernhufen zu 4—8 Hufen großen bäuerlichen Besitzungen zusammenschlagen.⁴⁾ Ferner erlaubte man ihm, Bauernland in abliges Vorwerkland umzuschaffen, wenn er aus einer gleich großen Fläche erbliche Bauerngüter bildete und für diese Abnehmer nachwies.

Welche erheblichen Zugeständnisse an den Adel! Die Gesetzgebung nahm gar keine Rücksicht auf die alten bäuerlichen Besitzer. Sie fragte nicht darnach, geht dieser oder jener Bauer beim Zusammenschlagen der vielen kleinen Besitzungen zu wenigen großen zu Grunde? „Sie sollen, wie Knapp ausführt, nicht etwa im Besitze geschädigt; sie sollen nur im Falle der Vertreibung entschädigt; sie sollen nicht zu Eigentümern gemacht werden, sondern sie sollen künftig eintretenden Erwerbern weichen.“ (I, 141.)

Diese Instruktionen hießen für ganze Klassen des Bauernstandes einfach Enteignung — Expropriation!

Einige wesentliche Bestimmungen konnte nun der Adel durch Kniffe und Ränke vollkommen illusorisch machen, z. B. die Bestimmung, daß er für jedes neugeschaffene Bauerngut einen bäuerlichen Besitzer nachwies. Diese Besitzer konnten bloße Strohmänner sein, welche für Geld und gute Worte die Rolle der neuen Besitzer auf kurze Zeit spielten und dann freiwillig auf den Besitz verzichteten.⁵⁾

Viele Stimmen erhoben sich gegen die Instruktionen von 1808 und 1809. In einem amtlichen Berichte von 1816 klagte der Kriegsrath Scharnweber, daß ein großer Theil des Bauernstandes „verschunden wäre, und daß viele Bauern hätten Tagelöhner werden müssen.“⁶⁾ Nach dem Ausspruche eines unbekanntenen Schriftstellers vom Jahre 1812 „würden sich die größeren Güter schnell zu unförmlichen Massen angehäuft und die achtbare Klasse der kleinen Aderbauer schon verschlungen haben,“ wenn die Besitzer dieser Güter damals genug Kapital gehabt hätten, um auf allem Bauernland die nöthigen Umgestaltungen vorzunehmen. Also nur der Kapitalmangel vieler Junker rettete viele Bauern vor dem Untergange.

Am 14. September 1811 kam ein neuer Gesetzentwurf über die Regulirung der bäuerlichen Besitzverhältnisse heraus. In diesem wurde eine Klasse der Bauern, die sogenannten Lastbauern, welche ihrer ganzen Vergangenheit nach durchaus nicht mit den Zeitpächtern auf eine Stufe zu stellen waren, mit diesen einfach zusammen geworfen. Sie wurden dadurch in eine sehr ungünstige Stellung gerückt. Diesen unerblichen Lastbauern und Zeitpächtern stellte man die erblichen Lastbauern gegenüber. Die erblichen Lastbauern sollten dann vollkommen freie Eigentümer ihrer Stellen werden, wenn sie an den Adel ein Drittel ihres Bodens abtraten, die unerblichen Bauern und Zeitpächter, wenn die Hälfte.

Dieser Verzicht der Bauern auf ein Drittel oder die Hälfte ihres Besitzes bedeutete für sie häufig ihren Untergang als selbständige Landwirte. Selbst die kurmärkische Regierung gab um dieselbe Zeit zu, daß der Bauer häufig nicht mit drei Vierteln der Grundfläche bestehen könnte und daher in Gefahr stände, „Tagelöhner“ zu werden.⁷⁾ Nun

¹⁾ Knapp I, 136.
²⁾ Alle diese Instruktionen stimmen „fast ganz“ überein. Knapp I, 139.

³⁾ Knapp. Die Bauernbefreiung u. s. w. I, 140.
⁴⁾ Knapp „Bauernbefreiung“ I, 141, 4 Hufen in der Niederung. 8 Hufen in der Höhe.

⁵⁾ Hier mag das Beispiel am Plage sein, daß der Agrarhistoriker Hering mittheilt. Ein pommerscher Gutsherr reichte der Regierung einen Plan ein, dem zufolge er sämtliche Rätthnerstellen einziehen und eine bestimmte Anzahl größerer Bauernstellen errichten wollte. Die Rätthner mußten nun Haus und Hof verlassen und den Wandersstab ergreifen, obwohl sie stets ihre Kriegskassen und ihre Verpflichtungen gegen den Gutsherrn erfüllt hatten. Diejenigen nun, welche die errichteten Stellen in Empfang nahmen und den hierzu erforderlichen gerichtlichen Akt eingingen, waren nur vorgespiegelte Besitzer; sie verzichteten nachher freiwillig auf die Stellen, und der Gutsherr war Herr der Feldmark. (Archiv der polit. Oekonomie z. v. Ran, IV. Band. Aus der Kritik des Hering'schen Werkes von Georg Hanßen.)

⁶⁾ Knapp I, 144.
⁷⁾ Knapp I, 170.

aber sollte er gar nur mit zwei Dritteln oder der Hälfte seines Bodens fortwirthschaften!

Trotzdem diese Gesetzgebung ein so willfähriges Ohr den Wünschen des Adels geliechen hatte, gab sich der letztere dennoch nicht zufrieden.

Wollte doch die Gesetzgebung wirklich Ernst mit der Ablösung der Bauern machen, indem sie nach einer zweijährigen für gültige Vereinbarung gestellten Frist selbst energisch die Regulirung der bäuerlichen Besitzverhältnisse in die Hand nehmen wollte. Ferner beabsichtigte nicht die Gesetzgebung die freie Verfügung des Adels über die Bauernacker einzuschränken.

Die Junker suchten daher die Wirksamkeit der Gesetzgebung an allen Ecken und Enden zu lähmen.

Die Gutsbesitzer Ostpreußens, die Stände der Kreise Lauenburg, Belgrad, Neustettin, Dirschau, Rastenburg zc. bestürmten die Regierung mit Bitten, diese oder jene Bestimmung der Gesetzgebung umzugestalten. In jener Zeit „fremdländischer Knechtschaft“ hatte der patriotische Adel nichts besseres zu thun, als gegen die Pläne der Regierung zu intriguierten, um dem Bauer noch lange Zeit die Wohlthaten einer inländischen Knechtschaft zu erhalten. Die Gutsbesitzer des Stolpe'schen Kreises jammerten gottserbärmlich darüber, daß sie nach den Regulirungen bei jedem „Schritt und Tritt auf fremdes Eigentum treten würden.“ „Unsere Güter werden uns zur Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Eigentümer unsere Nachbarn sind.“ Das glauben wir den Herrn, unabhängige Eigentümer anstatt besigloser halbversklavter Bauern! Ja, eine Eingabe ostpreussischer Gutsbesitzer bezeichnete ein Regierungsbeamter selbst als „Frechheit“. Der Rath Bülow im Staatskanzleramt schlug sogar vor, die „ausgemittelten Subjekte sowie den Grafen Eulenburg und einen Herrn Rist auf wenigstens acht Wochen der Festung Willau oder Friedrichsburg zu wohlverdienter Strafe“ anzuvertrauen.¹⁾

Und trotzdem hatte der Adel Erfolg mit seinen Bemühungen. Man intriguirte allseits gegen die Regulirungsgesetzgebung, man gab dem König zu verstehen, daß sie „unter dem giftigen Hauche der französischen Gesetzgebung“ entstanden seien.

Schließlich gebot der König eine nochmalige Prüfung der Regierungsbedikte. Einer sogenannten Rationalrepräsentation, einer wahren Junkerkammer, wurde das Gesetz vorgelegt.

Diese begann nun ihre „parteilose“ Arbeit. Da nun das fertige Nachwerk derselben jedenfalls noch einmal von einer Prüfungskommission der Regierung durchgesehen wurde, so mußte man aus dieser zu berufenden Prüfungskommission im voraus etwaige Bauernfreunde ausschließen suchen. Und wirklich, dies gelang! Der tüchtige Kenner der preussischen Agrarverhältnisse von Scharnweber erhielt keinen Ruf in diese Prüfungskammer. Paul Kampffmeyer.

Ueber die amerikanische Produktionstechnik

finden wir in der österreichischen „Freien Schuhmacherzeitung“ einige recht interessante Bemerkungen. Der Verfasser — ein intelligenter Arbeiter — schreibt:

Die Verbreitung des Maschinenstems ist eine weit größere, ihre Anwendung eine weit allgemeinere wie bei uns in der alten Welt, und es existiren Maschinen, die wir mitunter noch gar nicht kennen.

Beispielsweise ist die Dampfdruckmaschine allgemein verbreitet, kein Dreschflegel, ja nicht einmal eine Pferde-Dreschmaschine ist zu sehen. Während also anderwärts die Drescher den ganzen Winter über zu thun haben, ist drüben der Späth in einer Spanne Zeit abgethan. Ebenso besigt die Nähmaschine mit Selbstbinder eine ziemlich allgemeine Anwendung und es bleibt dem Arbeiter nichts anderes zu thun übrig, wie die Garben in „Mandel“ aufzuhäufen, während anderwärts Männer und Frauen theils mit dem Schneiden, theils mit dem Binden vollauf zu thun haben. Ebenso bedarf man keiner Last- oder Sackträger zum Verladen der Mahlprodukte; zwei große eiserne Schube senken sich hinein, klappen zusammen, erheben sich, drehen sich zu dem Orte, wo die Ladung hingelangen soll, öffnen sich und lassen der Inhalt fallen; die ganze Arbeit macht ein Pferd, dessen Oaser und Heu billiger zu stehen kommen, als der Arbeitslohn von einem Duzend oder mehr Männern.

Ähnlich verhält es sich mit der Erdarbeit. Während in anderen Ländern Krampfe, Schaufel und Schiebtrabe und somit viele Hände die Arbeit leisten, zieht man mit großen, starken, stählernen Bügeln Furchen so tief wie nur möglich; ist dies geschehen, so lassen die aufgelockerte Erde eiserne Schube (sowiters), die von Pferden gezogen werden, bringen sie an den gewünschten Ort und werden dann von einem Manne ausgekippt. Die Leistung ist eine ungläubliche, aber die Pferde stehen unter der heute herrschenden Wirtschaftsordnung den Menschen das Brot.

Rückfichtlich der Bekleidungs- und insbesondere Schuhwaarenindustrie wäre besonders Folgendes hervorzuheben: Bekleiderarbeit existirt — New-York abgerechnet, das halb europäisch, halb amerikanisch ist und nicht in Betracht gezogen werden kann — so wenig, daß es kaum der Rede werth ist, und mit den Reparaturen verhält es sich fast eben so schlecht. Die Riefenfabriken im Staate Massachusetts allein leisten Unglaubliches in der Massenerzeugung, und es sind solche Baarenvorräthe aufgehäuft, daß man sich nicht mehr Rath weiß.

Der kleinste Town, selbst wenn er nur aus einem halben Duzend Häusern besteht, hat seine Kaufläden, wo nicht nur Spezerei-, Schnittwaaren, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, sondern auch Kleider und Schuhwaaren feilgeboten werden. Alles kauft sich die Sachen fertig und wirft einen Gegenstand weg, wenn er zerrissen ist. Schuhreparaturen hätten auch keinen rechten Sinn, da der Preis der neuen Waare so gering ist, daß sich eine Ausbesserung als Verschwendung herausstellen würde. Ein Paar möge dies veranschaulichen: Ein Paar Schuhe oder Stiefletten kosten gegenwärtig 1 bis 1½ Dollars, ein Doppel Paar 70 Cents ungefähr, also um 30 Cents weniger. Wer wird sich also seine Bekleidung doppelt lassen, da vielleicht in 14 Tagen dann das Oberleder reißt, und er schließlich doch neue kaufen mußte.

In größeren Städten findet man hier und da die pompöse Tafel: hand made work (Handarbeit), allein dies ist gewöhnlich ein Humbug. Auch existiren Schuhmacher, welche

¹⁾ Knapp II, 282.

Bestell- (Fremd-) Arbeit übernehmen, jedoch sie verfahren gewöhnlich dabei so: sie nehmen dem Kunden das Maß, lassen sie einige Tage warten, wählen von dem gekauften Schuhvorrath die Nummer, welche dem Maße entspricht, und bringen dann die Fabrik Schuhe, welche nun vom Schuhmacher in der Taufe den Namen Handarbeit erhalten haben, zum Kunden, der sie im frommen Glauben dreimal so theuer bezahlt. Man sieht, daß die Schuhmacher zumeist keine eigentlichen Schuhmacher, sondern vielmehr Schuhhändler sind.

Gewerkschaftliches, Versammlungen.

Der Streik der Berliner Rüstmacher dauert fort. Zugang ist fern zu halten. Etwasige Sendungen sind zu richten an H. Fricke, Sorauerstraße 7, oder Dresdenerstr. 116 im Restaurant.
Für Töpfer. Streikbrecher nach Hamburg werden gesucht Berlin, Rosenstraße 30, Restaurant Kahlweg.
Achtung! Auf Beschluß des Vorstandes des Vereins der Klavierarbeiter findet das Stiftungsfest am Sonnabend, den 7. September nicht statt.
Öffentliche Versammlung der Plätterinnenbranche, Dienstag, den 10. d. Mts., in Renz's Salon, Rammstr. 27. Referentin Frau Gubela.
Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 8. September, Abends 8 Uhr, im Konzerthaus, Sanssouci, Kottbuserstraße 4a. Vortrag und Diskussion.
Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen. Montag, den 9. September, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Hendrich's Salon, Deuthstraße 20.

— Fachverein der Buchbinder und verm. Berufsgenossen. Heute Abend 9 Uhr Versammlung, Annenstr. 16.
 — Berliner Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen. Generalversammlung am 9. Sept. d. J., Abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.
 — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc. (Vertikale Verwaltungsstelle Berlin B.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Zahlstellen verlegt sind: 1. Von der Köpnickstr. 129 nach der Köpnickstr. 121a bei Müller. 2. Von der Dranienstr. 89 nach der Alten Jakobstr. 48 bei Jaber. 3. Die Zahlstelle in der Jüdenstr. 33 ist aufgehoben. Krankmeldungen vom 7. Juli ab bei H. Große-Kreuz, Reichenbergerstr. 182, Hof.
 — Versammlung der freien Vereinigung der Lohgerber und Lederzurichter Berlins am Sonntag, den 8. September, Vormittags 10 Uhr, Weinstraße 11 bei Robert.
 — Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter befindet sich Waldemarstr. 61, bei Jilm.
 — Tischlerverein. Großes Sommerfest am Sonntag, den 8. d. Mts., im Konzerthaus, Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
 — Große öffentliche Versammlung der Kupfer- und Schmiede Berlins und Umgegend am Sonnabend, den 7. d. Mts., Abends 9 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße 10, 2 Tr.
 — Verein der Sattler und Fachgenossen Berlins. Sonnabend, den 7. September: Familienkränzchen in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a. (S. Inserat.)
 — Verein der freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen. Herrensparthe nach Müdersdorf am Sonntag, den 8. September. Treffpunkt: Stadtbahnhof Alexanderplatz 6 Uhr 45 Min. und Schles. Bahnhof 7 Uhr Morgens.

— Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. September, Vormittags 10 Uhr, Rosenthalerstr. 38. Vortrag des Herrn E. Voght über: „Die eigene Ueberzeugung als sittliche Nothwendigkeit“. Nachmittags (Ausflug der Gemeinde mit den Religionschülern nach Pankow-Schönhausen. Treffpunkt 2 1/2 Uhr Kaffee Thiele, Bismarckstraße.

Literarisches.

Gerhart Hauptmann, Vor Sonnenaufgang. Soziales Drama. Berlin 1889. C. F. Conrads Buchhandlung.
Der Zeitgeist. Monatsheft für das soziale Leben der Gegenwart. Redaktion H. Müllerstein, Hamburg, 1889. 1. Heft. Preis 50 Pf. Verlag von E. Jensen & Co., Hamburg, 87 Rabelstr.
Vollbibliothek des gesammten menschl. Wissens, herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Kommissionsverlag von A. Schabel in Dresden (Zwingerstraße 8). Vorliegend bis Heft 98.
 Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. H. B. Dief, ist soeben das 9. Heft des 7. Jahrganges erschienen. Inhalt: Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung im Deutschen Reich. Von A. Debel. — Zur preussischen Sparfassenstatistik. Von Dr. Bruno Schoenlant. — Die Bergarbeiter und der Bauernkrieg, vornehmlich in Thüringen. Von Karl Rautsky. (Fortsetzung.) — „Cunita.“ Besprochen von Robert Schweidel. — Lujo Brentano als Wirtschaftshistoriker. Von Dr. Fr. Müller. — Notizen.

Durch die vielen Neuempfehlungen und Geschäftsverlegung gezwungen, empfehle meine seit 14 1/2 Jahren in demselben Hause

Ritterstraße 108,
 das zweite Haus von der Brinzentraße befindliche
Cigarren- und Tabakshandlung
 eigener Fabrik.
Wilh. Boerner.

Quittungsmarken
 für Krankenkassen, Vereine etc.
 fertigt an die Buchdruckerei
 von
Maurer, Werner & Co.
 Berlin S., Sebastianstr. 72.

Cigarren u. Tabake
 reichhaltiges Lager
 von
O. Klein.
 15. Ritterstraße 15.
 Täglich Zahlstelle der Gärtler u. Broncestr. (S. H. 60.)

Wendt's Restaurant
 Dresdenerstraße 116.
 Inh. **W. Gründel.**
 Arbeitsnachweis für Maler, Tischler, Schlosser, Buchbinder, Drechsler, Töpfer, Möbelpolirer und Sattler.
 Reichhaltiger Frühstücks-, Mittags- und Abendisch.
 Speisen à la carte zu jeder Tageszeit, sol. Preise. Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier. 2 franz. Billards und 2 Kegelbahnen stehen zur Verfügung.

Empfehle allen Freunden und Genossen meine **Glaserei, Spiegel- und Bildereinrahmung.**
 Bilderverkauf von Laffalle, Dafenclaver als Präsident des Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins, Debel und Liebknecht, Laffalle und Marx, Krücker, Dafenclaver in Cabinet und Bildes. Bestellungen nach Auswärts werden prompt besorgt.

Carl Scholz, Berlin,
 Wrangelstraße 32.

Verein der Sattler und Fachgenossen.
 Sonnabend, den 7. September, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Familienkränzchen.
 Anfang 9 Uhr.
 Billets à 50 Pf. sind bei der Arbeitsvermittlung während der Bureaustunden im Restaurant Dresdenerstr. 116 zu haben.
 Der Vorstand.

Für Dortmund
 nimmt Bestellungen auf die
 „Berliner Volks-Tribüne“
 „Berliner Arbeiterbibliothek“
 entgegen und versichert pünktliche Zustellung ins Haus
E. Schröder, Wienstr. 60.

Achtung!
Töpfer!
 Wir geben hiermit bekannt, daß durch den Obermeister der Töpfer-Zunft, Herrn Grotthausen, Töpfergesellen nach Hamburg verlangt werden. Die dortigen Kollegen befinden sich aber im **Außtand.** Wir warnen deshalb, dort hinzureisen.
 Zu gleicher Zeit werden die Kollegen ersucht, den Zugang nach Dresden, Magdeburg, Gera, Chemnitz, Göln bei Meissen fern zu halten.
 J. A.: C. Thieme.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik
 von
Max Busse
 157. Invaliden-Strasse 157,
 neben der Markthalle,
 verkauft jetzt **sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle **Garantie** geleistet.
 Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren
 zu fabelhaft billigen Preisen.
Spezialität: Ringe.
 Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Großes Sommernachtsfest
 veranstaltet von der
Freien Vereinigung der Maurer Berlins.
 Sonnabend, den 14. September 1889
 im **Stablfestament Schweizergarten.**
Grosses Konzert und Theatervorstellung.
 Eröffnung 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.
 Billets incl. Tanz à 50 Pf. hierzu sind bei folgenden Herren zu haben **A. Ganschow,** Schönhauser Allee 158a, 3 Tr.; **A. Dämmichen,** Schönhauser Allee 4, Hof part.; **J. Rudniewitz,** Weinstr. 31, Seitens. 4 Tr.; **A. Tsch.** Gr. Frankfurterstr. 78-79; **J. Wagner,** Ritterstr. 122, vorn 5 Tr.; **H. Wegeler,** Kreuzbergstr. 77, Hof 1. Keller; **A. Köppler,** Arndstr. 19, 2 Tr.; **W. Kurz,** Kulmstr. 25, 1 Tr.; **A. Lehmann,** Gormannstr. 5, v. 2 Tr. b. Seidel.
 Nur Mitglieder haben Eintritt. Gäste (nicht Maurer) können durch Mitglieder eingeführt werden.
 Das Vergnügungskomitee.

Achtung! Maler!
 Ich erjuche alle Diejenigen, welche noch Listen von unserer Lohnbewegung in Händen haben, dieselben so schnell wie möglich (Sonntag Vormittag von 10-12 Uhr und Montag Abend von 9-10 Uhr Dresdenerstr. 116) abzuliefern.
 Gleichzeitig fordere ich alle Kollegen, sowie Delegirte, welche noch nicht abgerechnet haben, auf, dieses unverzüglich in Richtigkeit zu bringen, widrigenfalls wir die Namen veröffentlichen.
Die Lohnkommission der Maler und Anstreicher Berlins.
 J. A.: **S. Wentker,** Memelerstr. 61.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Dienstag, den 10. September, Abends 8 1/2 Uhr
 im **Deutschen Volkstheater, Schönhauser Allee 156.**
Große Versammlung
Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Max Schippel:** Die politischen Parteien in Deutschland.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 4. Fragekasten.
 Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.
 Um rege Theilnahme bittet
Der Vorstand.
An alle Wähler zum sächsischen Landtage.
 Anfragen, Anträge und Briefe, die bevorstehende Landtagswahl betreffend, ersuchen wir zu senden an Herrn
Carl Niemann, Chemnitz, Sonnenstr. 58, III.
 Das Komitee für die Landtagswahlen in Sachsen.

Für Nowawes und Neuendorf
 nehmen Abonnements auf die „Berliner Volks-Tribüne“, die „Nordwacht“, den „Wahren Jakob“ u. s. w. entgegen:
Hermann Bahe, Wilhelmstraße Nr. 33,
Julius Franke, Louisenstraße 47.
Wilhelm Seidel, Lindenstr. 25.
 Eine freundl. Schlafstelle ist zu vermieten
 Fürstenbergerstr. 11 bei F. Raasch.

Nürnberg.
 Abonnements auf die
 „Berliner Volks-Tribüne“,
 „Berliner Arbeiterbibliothek“,
 nimmt entgegen und versichert pünktliche Zustellung
Konrad Herrmann,
 Ohmstr. 2 III.
Carl Breder,
 Neuhäuser Läufergasse 5. II.

Empfehle meinen werthen Freunden und Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein
Cigarren-Geschäft.
Carl Lehmann.
 Brunnenstr. 83, dicht am Humboldthain.
Geschäftseröffnung!
Döbeln in Sachsen.
 Allen Freunden und Genossen hierdurch zur Anzeige, daß ich am hiesigen Orte einen
Cigarren- u. Buchhandel
 eröffnet habe. Auch nehme ich Bestellungen auf die „Berliner Volks-Tribüne“, „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“, „Wahren Jakob“, sowie sämtliche in der Arbeiterliteratur erscheinenden Werke entgegen.
 Um geneigten Zuspruch bittet
E. Geierl, Daimicherstr. 9, III.

Zeulenroda.
 Bestellungen auf die
 „Berliner Volks-Tribüne“,
 „Berliner Arbeiterbibliothek“
 nimmt entgegen und versichert pünktliche Zustellung
Hermann Liebold, Schießhausreihe 520.
Arbeiter-Bildungs-Verein
 „Berlin Nord“.
 Dienstag, den 10. Sept., Abends 8 1/2 Uhr,
 in Silber's Salon, Schwebterstr. 23.
Versammlung
Tagesordnung:
 1. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Freireligiösen Gemeinde. Referent: Fritz Kunert.
 2. Diskussion.
 3. Allgemeines.
 4. Fragekasten.
 Die Versammlung ist genehmigt.
 Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis
 Montag, den 9. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
 im **Victoria-Restaurant, Wänsstraße 11,**
 (Oberer Saal)
Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Der Börsenschwindel. Ref. Curt Baake.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes und Fragekasten.
 Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.
 Der Vorstand.

Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen.
 Montag, 9. September, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Hendrich's Saal, Deuthstr. 20.
Versammlung
Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Gerisch über: Soldatenhandel des Mittelalters. Diskussion.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Entrichtung der Beiträge.
 3. Wahl eines Vergnügungs-Komitees.
 4. Verschiedenes und Fragekasten.
 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher etc.
 (Filiale Berlin I, Süd).
Monatsversammlung
 Dienstag, den 10. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
 in Klein's Festhale, Oranienstr. 180.
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu der im Januar in Bremen stattfindenden Generalversammlung.
 2. Filialangelegenheiten.
 3. Verschiedenes.
 Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Vorstand.